Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 48.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 88.— M., für das übrige Ausland 116.— M.

Verl. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 37 I. Tel. Moabit 2021.

Sonnabend, den 29. Juli 1922

5. Jahrg. Nummer 285

Die zwölfgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum Konflikt mit Bayern

Der Brief Eberts an Lerchenfeld

Das dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld heute vormittag durch den Grafen Zech überreichte Schreiben des Reichspräsidenten hat den folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Ministerpräsident!

Die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Gesetze zum Schutze der Republik erfüllt mich mit ernster Sorge und zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die von der bayerischen Regierung zu diesem Gesetz erlassene Verordnung steht nach meiner und der Reichsregierung Auffassung und Ueberzeugung im Widerspruch mit der Reichsverfassung. Sie stellt eine schwere Störung der deutschen Reichseinheit dar, die bei ähnlichen Schritten auch anderer Länder den Bestand des Reiches gefährden müßte. Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Art. 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bayerischen Verordnung hinzuwirken.

Ich möchte mich zu diesem mir durch die Verfassung gewiesenen Schritte erst dann entschließen, wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konfliktes erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes und Landes, das uns beiden gleichermaßen am Herzen liegt, nochmals in Erwägungen einzutreten, ob es nicht möglich erscheint, Ihnen und mir diesen so unerwünschten Schritt zu ersparen.

Ich benutze die Gelegenheit, um gegenüber den in Bayern aufgetauchten Befürchtungen mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Auffassung durchaus irrig ist, in dem Gesetze werde die systematische Beseitigung der bayerischen Hoheitsrechte eingeleitet. Die aus der schwersten Not der Gegenwart geborenen und nur für einen gemessenen Zeitraum geltenden Bestimmungen sind Lebensnotwendigkeiten unseres bedrohten staatlichen Daseins; sie sollen und können aber in ihrem Vollzug in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen, der — in der Reichsverfassung fest begründet — gerade die Stärke des Reichs darstellt, und dessen Wahrung während der Dauer meiner Amtsführung ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht habe.

Zur beschleunigten Klärung der innen- und außenpolitisch gleichermaßen gefährdeten Lage und angesichts der mir aus der Reichsverfassung obliegenden Verpflichtung darf ich mir die Bitte erlauben, mir in tunlichster Bälde Ihre Antwort zugehen zu lassen.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Hochschätzung
Ihr ergebener
gez. Ebert.

Nur keine Ueberstürzung

München, 28. Juli. Laut Bayerischer Staatszeitung dürften der Ministerrat und die Parteien voraussichtlich erst Anfang nächster Woche zu dem Brief des Reichspräsidenten Stellung nehmen.

Baden, Württemberg und Hessen

Karlsruhe, 28. Juli. Die Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen sind heute, Freitag, 28. Juli, in Bruchsal zu einer Beratung über die durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli 1922 geschaffene Lage zusammengetroffen. Sie gelangten zu einer übereinstimmenden Beurteilung der Situation und werden zunächst ihren Kabinetten Bericht erstatten. — Dunkel ist der Rede Sinn.

Augsburg gegen Lerchenfeld

Augsburg, 28. Juli. Der hiesige Stadtrat erließ in seiner heutigen Sitzung eine Erklärung, worin es heißt: Der Stadtrat von Augsburg tritt den Erklärungen, die der Münchener und der Nürnberger Stadtrat zu dem Vorgehen der bayerischen Regierung gegenüber dem Reichsgesetze zum Schutze der Republik abgegeben haben, vollinhaltlich bei. Der Stadtrat sieht in den Wirkungen, die durch die Stellungnahme der bayerischen Regierung ausgelöst werden müssen, schwere Gefahren politischer und wirtschaftlicher Natur, auch für unsere Industriestadt. Der Stadtrat von Augsburg steht treu zum Reiche und seinen Gesetzen und erwartet von der bayerischen Regierung die Abkehr von ihren verhängnisvollen Beschlüssen. Die Erklärung ist unterschrieben von der sozialdemokratischen, der unabhängigsozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion.

Zum Memorandum des Garantiekomitees

B. A. Das Garantiekomitee hat der Reichsregierung ein Memorandum überreicht und eine Reihe von Forderungen wegen der Ueberwachung der deutschen Finanzgebarung, des Kampfes gegen die Kapitalflucht und der Durchführung der Statistik aufgestellt, mit denen sich die Regierung in ihrer Antwortnote — vorbehaltlich der Vermeidung jedes Eingriffes in die deutsche Souveränität und den Gang der Verwaltung — grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Daß von seiten der Gläubigerstaaten eine weitgehende Kontrolle der deutschen Finanzwirtschaft, der Ausgaben, Einnahmen und Maßnahmen zur Durchführung der Steuergesetze erstrebt wird, ist eine seit Jahr und Tag bekannte Tatsache. In fast jeder Erörterung des Reparationsproblems in der französischen, englischen oder italienischen Presse wurde festgestellt, daß eine Abänderung der festgelegten Abkommen ebenso wie jede auf Grund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages erfolgreiche Entschließung über die deutsche Leistungsfähigkeit durch die Reparationskommission begründet sein müsse in einer restlosen Klärung der Finanzlage und der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Es ist gewiß ein schwer erträglicher Gedanke für die große Mehrheit des Volkes, daß wir unter einer Kontrolle der Gläubigerstaaten stehen sollen, wie wir sie in der Vergangenheit in keinem großen Staate Europas für möglich gehalten hätten. Aber daß wir zu diesen Verhältnissen gekommen sind, ist nicht die Schuld derjenigen, die sich heute um Milderung der schweren Lasten des Friedensvertrages bemühen, sondern einzig und allein derjenigen Kreise, die uns in den Weltkrieg hineingeführt und sich bis zum völligen Zusammenbruch gegen einen Abschluß dieses verbrecherischen Wahnsinns mit aller Kraft gewehrt haben. Es ist die Schuld derjenigen, die das Volk über die tatsächliche Lage getäuscht, es in wahnsinnigsten Hoffnungen gewiegt und Kriegsziele aufgestellt haben, gegen die der Vertrag von Versailles als harmlos anzusehen ist.

Angesichts der bestehenden Verhältnisse, d. h. eines Abkommens auf Wiedergutmachungszahlungen, das wir in seinem vollen Umfange nicht zu erfüllen vermögen, und des von der Regierung gestellten Ersuchens um eine Herabminderung der gegenwärtigen Belastung war mit der Forderung der Gläubiger nach restloser Klärung der tatsächlichen Verhältnisse von vornherein zu rechnen. Die Entente erhält, nachdem sie aus den wirtschaftlichen und währungsmäßigen Wirkungen der bisherigen Reparationsleistungen langsam die notwendigen Erkenntnisse zu gewinnen anfängt, die Möglichkeit, sich ein eindeutiges Bild der deutschen Finanzlage zu machen und sich der Konsequenzen bewußt zu werden, die sich aus der weiteren Entwicklung notwendigerweise ergeben müssen. In zahllosen Pressestimmen des Auslandes, selbst führender und auch nicht einseitig chauvinistisch eingestellter Organe, findet sich eine so weitgehende Verständnislosigkeit gegenüber den deutschen Währungsverhältnissen und ihren Wirkungen auf die zahlenmäßigen Erscheinungen in unserer öffentlichen Wirtschaft, daß eine gründliche und ungeschminkte Darlegung voraussichtlich sehr gute Aufklärungsarbeit leisten wird. Es wird alsdann in viel stärkerem Maße als bisher erkannt werden, daß der Zahlenwahnsinn, der sich aus der Entwertung der Mark ergibt, die Katastrophe unserer öffentlichen Wirtschaft nur verhüllt, daß hinter diesen Zahlenreihen aber eine furchtbare und zum großen Teil erschütternde Wirklichkeit steht. Man wird erkennen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches, für die Milliardenausgaben nachgewiesen werden, in ihrer großen Mehrzahl mit wahren Hungerlöhnen abgespeist werden, daß ihre Lebenshaltung auf einen so tiefen Stand gesunken ist, wie man ihn vor wenigen Jahren nicht hat ahnen können. Man wird einsehen müssen, daß die Fürsorge für die Armen und Bedrängten, für Sozialrentner und alte Leute, für die gleichfalls zahlenmäßig im Budget hohe Summen stehen, in der Wirklichkeit noch nicht einmal ausreicht, um diesen Menschen die armseligste Existenz zu sichern, sie vor dem Verhungern zu schützen. Vielleicht wird bei tieferem Hinsehen auch erkannt werden, wie alle Aufwendungen für Schulen, für Kulturzwecke und für Erhaltung der bestehenden Einrichtungen, Gebäude und Anlagen jeder Art unzulänglich sind und daß tatsächlich ein Kapitalverschleiß auf allen Gebieten

Jules Guesde gestorben

Telegramm der „Freiheit":

Paris, den 28. Juli. Jules Guesde gestorben, Beerdigung Sonntag.

Paul Faure.

Das vorstehende Telegramm Paul Faures, des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Frankreichs, meldet den Tod eines der markantesten Vorkämpfer des internationalen Sozialismus. Jules Guesde war in Frankreich der Hauptvertreter des Marxismus und stand lange Jahre in scharfem Gegensatz einerseits zu Vaillant, dem Hauptvertreter der blanquistischen Aktion und andererseits zu Jaurès, dem Hauptvertreter des Reformismus. Die Zersplitterung des französischen Sozialismus in mehrere sich befehdende Gruppen fand durch den internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam 1904 ihr Ende. Durch die großen grundsätzlichen Debatten, die dort zwischen den namhaftesten Vertretern des internationalen Sozialismus geführt wurden, und durch den Amsterdamer Taktikbeschluß, der eine Uebertragung des Dresdener Parteitagsbeschlusses auf die sozialistische Internationale bedeutete, wurden Guesde und Jaurès einander näher gebracht und die Einigung der französischen Sozialisten vorbereitet. Im Jahre 1905 erfolgte dann die Verschmelzung zur Vereinigten Sozialistischen Partei, in der Guesde seitdem den linken Flügel vertrat. Nach dem Ausbruch des Weltkrieges zwang ihn eine hartnäckige Krankheit, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Sein Tod bedeutet einen schmerzlichen Verlust für den französischen und den internationalen Sozialismus, um die er sich große Verdienste erworben hat. Das internationale sozialistische Proletariat wird sein Andenken in Ehren halten.

* * *

Jules Guesde wurde am 11. November 1845 zu Paris geboren. Den Schulunterricht erhielt er von seinem Vater, einem Privatlehrer. Mit 16 Jahren bestand er bereits die Prüfung für den Besuch der Universität. Auf den Broterwerb angewiesen, mußte er sich jedoch das Studium versagen und trat bei einer Verwaltungsbehörde ein. Hier hielt er es nicht lange aus; als Zwanzigjähriger schon wandte er sich der Politik zu und arbeitete für Blätter, die in scharfer Opposition zum Kaisertum standen. In Montpellier gab er sodann eine eigene Zeitung, die „Droits de l'homme" heraus. Kurz vor dem deutsch-französischen Kriege wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, da er in seiner Zeitung aufgefordert hatte, lieber zur Revolution als zum Kriege zu schreiten. Während der Pariser Kommune versuchte er der revolutionären Bewegung auch in Montpellier den Boden zu bereiten und erlitt infolgedessen im Jahre 1871 eine zweite Verurteilung, diesmal zu fünf Jahren Gefängnis, und zwar wegen eines Artikels, in dem er leidenschaftlich für die Pariser Kommune Partei ergriff. Ein Lungenleiden veranlaßte ihn, sich durch die Flucht ins Ausland der Verbüßung dieser Strafe zu entziehen. 1876 kehrte er nach Paris zurück und wurde hier bald einer der erfolgreichsten und eifrigsten Propagandisten für den französischen Sozialismus. 1877 gründete Guesde die erste auf marxistischem Boden stehende Wochenschrift „Egalité", die aber schon 1878 wieder einging. 1879 wirkte er als Mitbegründer der „Fédération du parti des travailleurs socialistes". Mit dieser Organisation war der Grund zur späteren sozialistischen Partei Frankreichs gelegt. Das Programm für die junge Partei wurde im wesentlichen von Guesde, unter Beihilfe von Marx und Engels, formuliert. Der französische Sozialismus wurde jedoch nicht von einem einheitlichen Parteikörper repräsentiert. Es bestanden zuweilen drei, vier und noch mehr sozialistische Parteigruppen nebeneinander.

Vorbesprechung über die Einigung

Vertreter der Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei traten am Freitag, den 28. Juli zu einer Sitzung zusammen, in der eine allgemeine Aussprache über die Frage der Einigung beider Parteien stattfand. Es herrschte auf beiden Seiten Einmütigkeit darüber, daß die Selbständigkeit beider Parteien in keiner Weise beeinträchtigt werden darf, bis die Parteitage Stellung genommen haben, daß aber andererseits in der Presse, in Versammlungen und in öffentlichen Vereinigungskörperschaften alles zu vermeiden ist, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Man verständigte sich über die Notwendigkeit, vor den beiderseitigen Parteitagen weitere Beratungen über die programmatischen und organisatorischen Fragen stattfinden zu lassen, um die Parteitage in die Lage zu versetzen, zur Einigungsfrage positiv Stellung nehmen zu können.

unserer öffentlichen Wirtschaft ununterbrochen stattfindet, von dessen Umfang sich auch in Deutschland nur sehr wenige eine richtige Darstellung zu machen vermögen.

Gibt die grundsätzliche Kenntnis unserer Finanzwirtschaft aber endlich Grundlagen ab für das Wachsen derartiger Erkenntnis und trägt sie dazu bei, die ökonomischen Bedingtheiten des Reparationsproblems immer deutlicher allen heute noch sich gegen diese Einsicht Wehrenden klar zu enthüllen, dann wird die Möglichkeit einer sinnvollen Regelung eher gegeben sein. Die deutsche und die internationale Arbeiterschaft können es für sich in Anspruch nehmen, von Anfang an auf die Undurchführbarkeit dieser Entschädigungsforderungen und auf die furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Versuches ihrer Durchführung hingewiesen und eine vernünftige Abänderung nachdrücklich gefordert zu haben. Sie haben auch jetzt in dem vor wenigen Tagen veröffentlichten Aufruf an die Arbeiter der Welt mit aller Deutlichkeit auf die Ursachen der gegenwärtigen krisenhaften Zustände in der Weltwirtschaft und auf die notwendig gewordenen Maßnahmen zur Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern hingewiesen. Aber es ist leider auch eine Tatsache, daß weite Kreise der kapitalistischen Machthaber in Europa und Amerika noch nicht bereit sind, die Konsequenzen aus der gegenwärtigen Weltlage zu ziehen, daß sie immer noch glauben, mit den alten Mitteln die ungeheuren Probleme meistern zu können und nicht begreifen, daß es sich hier um eine Aufgabe internationaler Gemeinschaftsarbeit handeln muß, wenn nicht noch weitere Millionen im Elend versinken und Europa und seine Völker in ein Chaos stürzen sollen. Wir dürfen vor allem nicht vergessen, daß ein Teil des ständigen Drängens der Hauptgläubiger nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß sie sich selbst in ähnlich zerrütteten finanziellen Verhältnissen befinden wie Deutschland und daß schon aus diesem Grunde jeder Lösung des deutschen Problems solange fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, als es nicht als ein untrennbarer Teil eines Weltproblems begriffen und in diesem Zusammenhange seiner Lösung zugeführt wird. Die deutsche Arbeiterschaft aber muß sich ständig bewußt bleiben, daß die größte Gefahr für das Proletariat in der chauvinistisch-reaktionären Einstellung liegt, die von der „nationalen" Presse auch wieder bei dieser Gelegenheit mit allen Kräften gefördert wird. Krieg und Revanchekämpfe können nur neues und vermehrtes Elend über die proletarischen Massen bringen. Unser Kampf darf nie wieder gegen die Proletarier jenseits der Grenzpfähle geführt werden, er hat dem kapitalistischen System zu gelten und der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft.

Schroffe Antwortnote Frankreichs

Berlin, 28. Juli. Auf die Note, die die deutsche Regierung im Zusammenhange mit dem Moratoriumsgesuch vom 12. Juli den beteiligten alliierten Regierungen wegen der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren und den Urteilen der gemischten Schiedsgerichte (Artikel 297 E) übermittelt hat, ist die Antwort der französischen Regierung eingegangen. Darin werden die deutschen Anträge, die dahin gehen, die in dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921 vereinbarten monatlichen Pauschalzahlungen von 2 Millionen Pfund zur Abdeckung der Debetsalden im Ausgleichsverfahren auf 500 000 Pfund herabzusetzen und Vorsorge dafür zu treffen, daß aus den Schiedsgerichtsurteilen, die vereinbarungsgemäß in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums erfüllt werden sollen, für die Dauer des Moratoriums keine Barzahlungen gefordert werden, in ungewöhnlich schroffer Form abgelehnt.

Die französische Regierung stellt für den Fall der Nichtzahlung der Monatsrate im Ausgleichsverfahren die Kündigung des Abkommens vom 26. Juli 1921, die nach ihrer Meinung auch die Aufhebung der späteren Vereinbarungen über die Abdeckung der Ansprüche aus Artikel 297 E zur Folge haben würde, das Verbot an die französischen Ausgleichsämter, deutsche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen der strikteften Durchführung des Friedensvertrags in Aussicht. Dazu würde, wie in der Note ausgeführt wird, auch die Aufhebung des Reichsausgleichsgesetzes gehören, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner weit über die Verrechnungen aus dem Friedensvertrag hinausgegangen sei. Für den Fall der Aufhebung des genannten Gesetzes und der Abrechnung mit den deutschen Schuldnern zum vollen Tageskurs erbietet sich die französische Regierung, Listen derjenigen deutschen Schuldner, die sich dem Reichsausgleichsamt gegenüber zur Zahlung des Tageskurses außer Stande erklären, entgegenzunehmen, um durch Veröffentlichung ihrer Namen in den alliierten Ländern einen Druck auf sie auszuüben.

Bezüglich der Ansprüche aus Artikel 297 E wird darauf hingewiesen, Deutschland könne sich die erforderlichen Mittel dadurch verschaffen, daß es die Durchführung des Artikels 297 J, der der deutschen Regierung die Entschädigung ihrer Staatsangehörigen wegen der Liquidation des deutschen Eigentums auferlegt, suspendiert oder verlangsamt.

Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer Frist von zehn Tagen, die vom 26. Juli ab läuft, eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von zwei Millionen Pfund zahlen wird und kündigt an, daß sie andernfalls gewisse, nicht näher bezeichnete Maßnahmen in Wirksamkeit treten lassen werde

Die belgische Antwort

Brüssel, 28. Juli. Die „Agence Belge" teilt mit: Die Belgische Regierung hat der Deutschen Regierung auf deren Ersuchen um Verminderung der monatlich den Ausgleichsämtern von Deutschland zu zahlenden Summen erwidert, sie wünsche das Ersuchen um ein Moratorium für die Wiedergutmachungszahlungen und das Ersuchen um Verminderung der Ausgleichszahlungen gemeinsam zu behandeln, wie sie sie stets als gemeinsam betrachtet habe und wie sie es nach dem Versailler Vertrage seien, der die Priorität der Wiedergutmachungen vor allen anderen Verpflichtungen Deutschlands aufstelle.

Der Bericht des Garantiekomitees

(EE.) Paris, 28. Juli. Der Bericht des Garantiekomitees wird heute fertiggestellt, aber der Reparationskommission kaum vor Montag oder Dienstag nächster Woche offiziell überreicht werden, da zunächst die englische Uebersetzung fertiggestellt werden muß. Auch die heutige Nachmittagssitzung der Reparationskommission konnte sich daher offiziell mit diesem Bericht noch nicht befassen. Der Bericht stellt ein äußerst umfangreiches Schriftstück dar und beschäftigt sich zuerst mit den vier deutschen Budgets, nämlich dem ordentlichen Etat, dem außerordentlichen, dem Etat der staatlichen Unternehmungen und dem Reparationsetat. Das Garantiekomitee schlägt einfach eine Reihe von Ausgaben vor, die gestrichen werden sollen. Andererseits rät es zu Ersparnissen unter dem Vorbehalt technischer Untersuchungen. Der Bericht spricht auch davon, den deutschen inneren Schuldendienst einzuschränken. Das Garantiekomitee spricht sich allerdings darüber nicht aus, ob diese Maßnahme opportun sei. Immerhin könnte die Bitte der deutschen Regierung, um ein Moratorium diese Frage anschneiden, für die einzig und allein die Reparationskommission zuständig ist. Die Gesamtsumme der Ersparnisse, die die deutsche Regierung nach Ansicht des Garantiekomitees erzielen könnte, wird auf etwa 30 Milliarden Papiermark, d. h. etwa 200 Millionen Goldmark geschätzt. Außerdem schlägt das Garantiekomitee eine Reihe neuer direkter und indirekter Steuern vor, wodurch die deutschen Einnahmen erhöht werden könnten. Das Garantiekomitee legt ferner Nachdruck darauf, zu betonen, daß alle diese Maßnahmen bei einer Sanierung der deutschen Finanzen erst in zweiter Linie kämen. Die Hauptsache sei, die Kapitalflucht zu verhindern, die Mark zu stabilisieren. Die Schlußfolgerungen des Berichts betonen, daß es angebracht sei, eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands aufzulegen. Die deutsche Regierung würde etwa die Hälfte davon zu Reparationen und den Rest zu einer Gesundung der deutschen inneren Finanzwirtschaft benutzen können, wodurch eine weitere Ausgabe von Banknoten vermieden würde.

Aus dem preußischen Landtag

Der ständige Ausschuß des Landtages trat am Freitag, dem 28. Juli zusammen, um zu dem Entwurf einer Verordnung über eine Erhöhung der Ausgleichszuschläge für die preußischen Beamten Stellung zu nehmen. Für die Länder liegt eine Zwangsläufigkeit vor, auf Grund deren ohne weiteres die erhöhten Gehälter nach dem Reichsschema zur Auszahlung gelangen müssen. Bei der Beratung brachte Genosse Dr. Weyl die Lage der Gemeindefinanzen im allgemeinen und der Stadt Berlin im besonderen zur Sprache. Die Städte seien gar nicht mehr imstande, die Gehaltszahlungen zu leisten, wenn nicht Reich und Staat die zur Deckung der Kosten erforderlichen Mittel den Gemeinden zur Verfügung stellten. Die Städte müßten endlich aus der Vorschußwirtschaft heraus. Der Vertreter der Staatsregierung gab eine entgegenkommende Erklärung ab, auf Grund deren die Finanzverhältnisse der Städte, insbesondere der Stadt Berlin, in der allernächsten Zeit die notwendige Klärung erfahren sollen. Unser Vertreter wies darauf hin, daß sonst den Städten, wenn sie ihren Verpflichtungen gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter nachkommen wollen, nichts weiter übrig bleibe, als die eigentlich dem Reiche zustehenden Steuern für unmittelbare städtische Zwecke mit Beschlag zu legen. Expropriation nenne man das. Aber in der Not sind schließlich alle Mittel der Notwehr, die Erfolg versprechen, recht. Die städtischen Tarife und Steuern haben bereits den höchsten Grad der Unhaltbarkeit erreicht. Wenn hier nicht schnell Reich und Staat helfen, so ist damit zu rechnen, daß am 1. Oktober Vierteljahrszahlungen nicht mehr getätigt werden können.

Es ist anzunehmen, daß nach dem Vorstoß unserer Genossen die schon befürchtete Krise für die Städte noch einmal beschworen wird. Der Ausschuß nahm einmütig die Erhöhung der Ausgleichszuschläge und eine Entschließung an, wonach die Auszahlung der bewilligten Gelder auch an die Pensionäre und die Hinterbliebenen mit der allergrößten Beschleunigung stattzufinden hat.

Schließlich brachte Genosse Dr. Weyl noch die bevorstehende Schließung des Berliner Zoologischen Gartens zur Sprache, der vom Reich, vom Staat und von der Stadt finanziell gestützt werden müsse. Der Vertreter des Finanzministeriums machte sich anheischig, alle in Betracht kommenden Faktoren für diese wichtige Frage zu interessieren, um das Unglück von Berlin fernzuhalten.

Reinigung der Bureaukratie

Die monarchistische Presse heult. In Sachsen und Thüringen sind zum Schutze der Republik einige Beamte auf den Schub gebracht worden. Es handelt sich um Personen, die im Dienste gegen die Republik, an deren Futtertrog sie saßen, eine wüste Hetze trieben oder die verbotswidrigen Geheimorganisationen begünstigten.

Die sächsische Regierung hat den Amtshauptmann Dr. Kästner und den Regierungsrat D. Liebernickel von der Amtshauptmannschaft Schwarzenburg bis auf weiteres beurlaubt, drei weitere Beamte der gleichen Dienststelle sind in ein anderes Amt versetzt wrden. Die Maßnahmen der sächsischen Regierung werden damit begründet, daß in der Amtshauptmannschaft Schwarzenburg die Republik nicht mehr genügend geschützt war. Von der Amtshauptmannschaft Borna ist der Regierungsrat Dr. Gever wegen antirepublikanischer Betätigung gleichfalls beurlaubt worden.

Die thüringische Staatsregierung hat den Oberregierungsrat Gerstenhauer in Meiningen seiner Aemter enthoben, da er in mehreren verbotenen rechtsradikalen Organisationen eine führende Rolle spielte. Ebenso wurden Oberstaatsanwalt Heinrich und Staatsanwaltschaftsrat Floel in Altenburg wegen antirepublikanischer Betätigung ihrer Aemter enthoben, desgleichen in Thüringen wegen ähnlicher Vergehen noch eine Reihe kleinerer deutschnationaler Götzen.

Der Lärm, den darob die monarchistische Presse anstimmt, ist für die republikanischen Regierungen hoffentlich ein Ansporn, den angefangenen Weg beharrlich fortzuschreiten. Den pflichtwidrigen Beamten, die von ihren Posten entfernt werden, geht es ja trotz alledem noch nicht schlecht. Sie erhalten, weil die Reichsverfassung das leider vorschreibt, ganz oder teilweise ihre Gehälter weiter, und gerade diesem Umstand ist es anzuschreiben, daß die monarchistischen Saboteure in der Verwaltung so frech und herausfordernd gegen die Republik auftreten.

Der deutsche Vertreter in Moskau, Ministerialdirektor Wiedenfeld, hat seinen Sommerurlaub angetreten; er wird von dem Gesandtschaftsrat von Radowitz vertreten.

Nationalistische Heldenverklärung

Kürzlich stand in der deutschen Presse zu lesen, daß die Familie Wittelsbach in ihrer bayerischen Königsgruft nahe den Sarkophagen neben einer Kranzschleife des verflossenen Wilhelm eine solche des gräflichen Eisnermörders Arco aufgehängt habe. Dieses schöne Bekenntnis königlicher Solidarität mit dem in „schnöder Festungshaft schmachtenden" hochgeborenen Grafen wird nicht nur diesen, sondern auch viele, viele brave Untertanen außerordentlich sympathisch berührt haben.

Dem Verdienste seine Krone!

Wer kennt die Zahl der treuen Untertanen, die in den letzten Wochen schon frühmorgens im Bett mit zitternder Hand den „Lokalanzeiger" oder die „Deutsche Tageszeitung" entfalteten, banger Erwartung voll, die beiden Heldenjünglinge alias Rathenaumörder könnten über Nacht von den Häschern eingefangen sein? Wieviele über gefalteten Händen gemurmelte Gebete mögen in jenen Tagen zum „Höchsten" emporgestiegen sein (der „Allerhöchste" sitzt in Holland und kann nicht helfen!), daß das edle Paar die schützende Grenze erreichen möge?

Gottes Wege sind wunderbar und unerforschlich. Er hielt seine schützende Hand über die Mörder Liebknechts und Luxemburgs, er schlug den Mörder Hugo Haases mit Wahnsinn. Warum sollte er, der Spezialgott der Deutschnationalen, nicht auch diese Verfolgten unter seine besondere Obhut nehmen? Was hatten sie getan? Nur einen Minister der Republik ermordet, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in erbaulicher und erfrischender Kürze feststellte.

Dann aber kam der vorläufige Schluß der Tragödie, sozusagen das romantisch verklärte Ende. An der Saale kühlem Strande, in dem noch von einem modernen Raubritter bewohnten Turm einer altehrwürdigen Ruine, hatte das „gehetzte Edelwild", umstellt von der Meute der Häscher, sich dem irdischen Richter (auch Staatsgerichtshof genannt) entzogen. Und in die Tränen des Schmerzes und der Rührung mischte sich das Hochgefühl des Stolzes über das männliche Sterben der beiden kaum den Pubertätsjahren entwachsenen deutschvölkischen Jünglinge.

Die Regie klappte ausgezeichnet. Der deutschnationale Blätterwald rauschte in traurigen Akkorden. Der Mangel an Mut, sich frei zu dem Mord zu bekennen, wurde offen und versteckt als Heldentat gefeiert. Ueberdies mag so manchem, den es angeht, ein Seufzer der Erleichterung entflohen sein. Die Schulleselbücher der künftigen Monarchie aber haben ein schönes Beispiel nationaler Selbstaufopferung im „Belange unseres teuren, deutschen Vaterlandes."

Inzwischen aber sind die beiden „Märtyrer" der deutschvölkischen Sache in Saaleck beigesetzt worden. Selbstverständlich in einem gemeinsamen Grabe. Die reich mit Blumen geschmückten Särge wurden getragen von Studenten, Schulfreunden und — selbstverständlich — ehemaligen Seeoffizieren. Ebenso selbstverständlich hatten Angehörige der Brigade Ehrhardt einen großen Lorbeerkranz mit schwarz-weiß-roter Schleife gestiftet.

Eine solche Ehrung von Mördern, eine solche öffentliche Verherrlichung des politischen Mordes ist allerdings nur in einer Republik möglich. Und das ist die deutsche!

Es sind noch keine vier Jahre her, da gab es in deutschen Landen keine offiziellen, von fast allen Behörden boykottierten, schwarz-rot-goldenen Reichsfarben. Da wehte im Kaiserreich bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten über unseren Häuptern die Fahne schwarz-weiß-rot.

Damals gab es nur eine, seit Jahrhunderten unterdrückte Klasse, die Arbeiterschaft. Aber, so absurd es klingen mag: niemals hat die deutsche Arbeiterschaft Selbstmörder als Angehörige ihrer Kasse zu Grabe tragen müssen, die, trotz frechster Herausforderung eines schamlos anmaßend auftretenden Militarismus die Würdenträger der Monarchie durch feigen Mord beseitigten. Ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. —

Wie war es doch?

Wohl zogen Tausende und aber Tausende Berliner Arbeiter mit Kränzen blühender Blumen am 18. März nach dem Friedhof der Anno 48 gefallenen Märzkämpfer. Und in den Inschriften der leuchtend roten Kranzschleifen bekundeten sie den Kämpfern ihre Pietät, die in jener Zeit die Verfassung unter der Fahne schwarz-rot-gold erkämpfte, die ein meineidiger Preußenkönig feierlich beschwor und die er im nächsten Jahre brach.

Vier Jahre sind erst ins Land gegangen, da standen noch im Friedrichshain am 18. März die Postenketten der blauen Schutzmannschaft. Mit verbissener Wut passierten damals die Arbeiter Berlins mit ihren schleifengeschmückten Kränzen die Zensur der scherenbewaffneten gestrengen Kommissare. Erbarmungslos fiel eine Schleife nach der anderen mit „hochverräterischen" Inschriften der Verfolgungswut einer monarchistischen Obrigkeit zum Opfer.

Wißt ihr es noch?

Die Schamröte steigt ins Gesicht, wenn der Gedanke die tausendfachen Demütigungen der in Schmach versunkenen „großen Kaiserzeit" streift.

Bitteres Leid, Meere von Tränen, Ströme von Blut hat die Schaffung der deutschen Republik gekostet. Noch ist sie nicht vollkommen, noch liegt sie in Geburtswehen. Wenn der Republikaner durch das Land fährt, kann er, wenn er Glück hat, in dem weiten Gebiete „von der Etsch bis zu dem Belt" schon einige republikanische Fahnen erblicken. Aber der verbissene Groll der entthronten Monarchisten verrichtet weiter seine unterirdische Wühlarbeit und feiert seine Helden, die Mörder der Arbeiterführer und republikanischen Minister.

Auch das ist Gegenrevolution: vielleicht die gefährlichste, weil sie nicht immer nach dem Gesetz eine Handhabe zum Einschreiten bietet. Und die Juristen sind so kluge Leute. —

Auf dem Friedhof zu Saaleck haben bei der Bestattung der Rathenaumörder keine scherenbewaffneten Polizisten gestanden, um die hochverräterische, zur Mörderfahne degradierte schwarz-weiß-rote Schleife der Ehrhardtorganisation zu konfiszieren.

Schon wuchert über die grausige Mordtat die fromme Legende und über den feigen Abgang der Meuchelmörder romantischer Schimmer. Der Appell der nationalistischen Reptilienblätter an die Sentimentalität der treudeutschen Spießer ist nicht erfolglos geblieben.

Diese Stimmungsmache ist das gefährlichste Werkzeug der Reaktion.

Wenn die Republik sich nicht auf sich selbst besinnt, stirbt sie an dieser Schwäche der Großmütigkeit und der unbegreiflichen Toleranz.

M-r.

Tages-Notizen.

Zahn Hearnfield legt seine Tätigkeit als künstlerischer Leiter des Ausstattungswesens der Holländer-Bühnen im besten Einvernehmen mit der Direktion mit Ablauf dieser Spielzeit nieder. Von ihm stammen u. a. die Ausstattungen von „Wozzeck" (Regie Prof. Max Reinhardt), „Die Maschinenstürmer", „Die Jungfern von Bischofsberg", „Der König der dunklen Kammer", „Der Herr, der die Ohrfeigen bekommt", „Kintopp", „Mesalliance", ferner die Figurinen zu „Die Wölfe", „Traumspiel", desgleichen in Gemeinschaftsarbeit mit George Grosz die Ausstattung zu „Caesar und Cleopatra" sowie „Hanneles Himmelfahrt". John Heartfield wird sich auch fernerhin der Bühne widmen und — wie bereits früher — der Illustrationskunst.

Die Parteiorganisationen zur Einigungsfrage

Die SPD. des Landes Braunschweig hat am Sonnabend in Langelsheim ihren Unterbezirksparteitag abgehalten. Dort wurde folgende Resolution Rohloff angenommen:

„Der Unterbezirksparteitag billigt das Verhalten der Landtagsfraktion. Die Ereignisse der letzten Zeit zeigten die große Gefahr, in der die deutsche Republik und ihre Vertreter schweben. Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, ist die Einigung der beiden sozialistischen Parteien dringend geboten. Diese Einigung ist auf zentraler Grundlage mit allem Nachdruck zu fördern und alles zu vermeiden, was der Wiedervereinigung hinderlich sein kann. Insbesondere werden die Genossen und Genossinnen verpflichtet, darüber zu wachen, daß weitere Verständigungsmöglichkeiten zwischen SPD. und USP. nicht durch unnötiges, nutzloses Paktieren mit auf dem Boden monarchistischer Staatsverfassung stehenden Parteien behindert oder gar unmöglich gemacht werden.

Bis zum Vollzug der Einigung ist die Organisation der SPD. sowie ihre Presse nachhaltig zu stärken, damit die Partei den bevorstehenden Kämpfen gegenüber gefestigt dasteht."

Bemerkenswert ist, daß die Resolution angenommen wurde, trotzdem der Bezirksleiter Lau-Hannover dagegen sprach. Eine Resolution Dr. Jasper wurde abgelehnt.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung in Bremen nahm nach einem Referat des Genossen Henke einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung billigt die Beschlüsse der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion zum Schutze der Republik. Insbesondere begrüßt sie die Bildung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft als den Beginn der notwendig gewordenen Einigung der proletarischen Parteien. Die Versammlung erwartet, bei voller Wahrung der Selbständigkeit der USP., von der Zentralleitung, der Reichstagsfraktion und dem kommenden Parteitag, daß sie zu ihrem Teil bestrebt sein werden, die noch bestehenden Hindernisse eines endgültigen Zusammenschlusses der „feindlichen" Brüder zu beseitigen. Voraussetzung des Erfolges ist, daß es andere sozialistische Parteien am gleichen Streben nicht fehlen lassen. Der gemeinsame gute Wille wird den richtigen Weg nicht verfehlen."

Auf dem Bezirksparteitag für Schleswig-Holstein wurde zur politischen Lage folgende Resolution angenommen:

„Die politische Taktik nationalistisch-monarchistisch gerichteter Kreise zeigt klar und deutlich die Gefahr für den dauernden Fortbestand der Republik. Zum Schutz der Republik, als der gegebenen Plattform zur Durchführung der sozialistischen Ziele, ist die einheitliche Aktion der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft notwendig. Die aus dieser politischen Notwendigkeit hervorgegangene Bereitwilligkeitserklärung der USP., an den Regierungsgeschäften mitzuarbeiten, erkennt der Bezirksparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins an.

Getragen von der Notwendigkeit eines möglichst einheitlichen und geschlossenen Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Reaktion fanden sich die sozialistischen Reichstagsfraktionen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Der Bezirksparteitag erkennt an, daß in der gegebenen Situation eine andere Haltung kaum möglich war, wollte man die geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft der durch die verfehlte Politik der Regierungsparteien in den letzten Jahren gestärkten Reaktion entgegenstellen. Kann daraus die organisatorische Einigung der beiden Parteien auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes hervorgehen, so würde das zu begrüßen sein."

Einige Genossen enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme.

In einer am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Vertrauensleute der Hamburger Organisation, die gut besucht war, ist nach Referat und Korreferat nach ausführlicher Diskussion über das Thema „Arbeitsgemeinschaft der beiden soz. Parteien" nachstehende Resolution angenommen:

„Die Vertrauensmännersitzung der USPD. Groß-Hamburg begrüßt die Bildung der Arbeitsgemeinschaft als einen weiteren Schritt zur Vereinigung der sozialistischen Parteien. Sie erwartet, damit die gesamten Interessen der Arbeiterbewegung gefördert werden, daß die Politik der sozialistischen Parteien so eingestellt wird, daß der Arbeitsgemeinschaft keine Hindernisse bereitet werden und baldigst weitere Schritte, die der Vereinigung dienen, folgen."

Mißerfolg der Anklage im Prozeß der Sozialrevolutionäre

Helsingfors, 23. Juli. Am 18. Juli, dem 84. Tag des Prozesses, wird auf die Forderung des staatlichen Anklägers Krylenko die Untersuchung der Einzelheiten der Organisation des Attentates auf Wolodarsky fortgesetzt. Diese Einzelheiten bestätigen lediglich, daß alle Hinweise Semenoffs auf die Teilnahme von Mitgliedern des Zentral-Komitees an terroristischen Akten, abgesehen von ihrer Zweifelhaftigkeit und Unbeweisbarkeit, selbst den Angaben der Belastungszeugen widersprechen, die von der Anklagebehörde herangeholt worden sind.

Es stellt sich aber heraus, daß die vom Tribunal erörterten 3 Hauptpunkte der Anklage, **und zwar das erste** Attentat auf Lenin, die Ermordung Wolodarskys und die Ermordung Uritzkys lediglich auf Grund der Aussagen Semenoffs und der Konoplewa in die Anklageschrift aufgenommen wurden und während der Voruntersuchung **von den Zeugen nicht bestätigt worden sind.** Die ganze Sitzung war der Prüfung der Proteste der Angeklagten der ersten Gruppe gewidmet, **die jede von Semenoff angeführte Tatsache widerlegten.**

Die Ermordung Uritzkys wird wahrscheinlich erst in den letzten Prozeßtagen endgültig erörtert werden.

In der folgenden Sitzung schreitet das Tribunal an die Erörterung des zweiten Attentates auf Lenin, das mit seiner schweren Verwundung endete, sowie der Vorbereitung eines terroristischen Aktes gegen Trotzky.

Semenoff sagt aus, daß er Unterhandlungen geführt habe mit Donskoi und Hoz, die dieses Mal seinen Vorschlag guthießen, weil sie der Ansicht waren, daß der bewaffnete Kampf, den die Soz.-Rev. damals an der Wolgafront führten, die Situation grundlegend geändert habe und daß infolgedessen terroristische Akte zu dieser Zeit zulässig seien. Er sagte wörtlich: „Nachdem ich alle Vorarbeiten beendet hatte, wurde zur Vollstreckerin des Attentates unerwarteter Weise Dora Kaplan ernannt, mit der unter Umgehung meiner Person, Donskoi alle weiteren Verhandlungen führte. Nach dem Attentat lehnte das Zentral-Komitee wiederum jede Beteiligung an diesem terroristischen Akte ab und dieser Umstand veranlaßte unsere Gruppe, dem Zentral-Komitee zu erklären, daß wir in Zukunft das Zentral-Komitee ignorieren und unsere weitere Tätigkeit selbständig fortführen würden. Das Zentral-Komitee erwiderte uns, daß es gegen unser selbständiges Auftreten nichts einzuwenden habe, es könne aber aus politischen Gründen den Terror nicht offiziell in seine Taktik aufnehmen."

Wie schon in den beiden ersten Fällen widerlegte Hoz mit aller Entschiedenheit alle Hinweise Semenoffs auf die Teilnahme der Mitglieder des Zentral-Komitees bei diesem Attentat. Zugleich bestätigten die Zeugenaussagen, daß Semenoff schon lange vor dem zweiten Attentat auf Lenin überall erzählt hatte: **„Ich und meine Gruppe haben uns infolge taktischer Differenzen vom Zentral-Komitee getrennt, denn wir erkennen keine halben Maßnahmen an und werden den weiteren Kampf gegen die Bolschewisten selbständig führen."**

Krylenko lenkt die Aufmerksamkeit des Tribunals darauf, daß das Zentral-Komitee keine entschiedenen Maßnahmen gegen Semenoff und seine Gruppe traf, die ungeachtet des Verbots des Zentral-Komitees ihre terroristischen Aktionen nicht einstellte.

Die Plaidoyers im Moskauer Sozialistenprozeß

(O.E.) **Moskau**, 28. Juli. Nach 8tägigen Verhandlungen hat das Revolutionstribunal die Beweisaufnahme im Moskauer Sozialistenprozeß für abgeschlossen erklärt. Die Gerichtssitzung vom 27. Juli wurde mit den Plädoyers eröffnet. Als erster kam der Vertreter der Staatsanklage, der Volkskommissar für Bildungswesen Lunatscharski zu Wort.

OE. **Terijoki**, 28. Juli. In leitenden Sowjetkreisen bedauert man, daß der erwartete Effekt des Moskauer Sozialistenprozesses ausgeblieben sei; die Sowjetregierung rechnete damit, die angeklagten Sozialrevolutionäre in die Verteidigung zu drängen und die Sozialrevolutionäre, die in der Provinz ihr Haupt erhoben hätten, einzuschüchtern. In Anbetracht der unbeugsamen politischen Haltung der Angeklagten vor Gericht fordert nunmehr das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei die Todesstrafe. Das Gerichtsurteil wird zeigen, inwieweit die heutige Kremlregierung von den linken Parteiströmungen abhängig ist.

Durchführung des preußischen Amnestiegesetzes

Die Zusammensetzung des Gnadenausschusses

(DA.) **Berlin**, 28. Juli. Der preußische Justizminister hat bereits durch Rundverfügung vom 12. d. M. den Justizbehörden Beschleunigung der auf Grund des Amnestiegesetzes zu treffenden Verfügungen und Entscheidungen zur Pflicht gemacht und die Generalstaatsanwälte angewiesen, das Gesetz nach seinem Inkrafttreten durch die Amtsblätter bekanntzumachen.

Durch eine allgemeine Verfügung vom 26. d. M. sind, wie die „Dena" erfährt, weitere Anordnungen über die Anhörung der Beteiligten und ihre Belehrung über die Bestimmungen des Gesetzes, besonders über das Recht zur Anrufung des durch § 4 des Gesetzes vorgesehenen Ausschusses, getroffen.

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß dieser Ausschuß sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen soll, die sämtlich dem Landtag angehören: Dr. Siegfried Rosenfeld (Ersatzmann Kuttner), Gotiwald-Berlin (Frau Heseberger), Dr. Seelmann (Dr. Kaufmann), Dr. Kriege (Dr. v. Eynern), **Dr. Liebknecht (Leib)**, Ruschke (Dr. Preuß), Menzel-Halle (Dr. Meyer-Ostpreußen).

Der Ausschuß wird im Preußischen Justizministerium, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 65, tagen und hat dort seine Geschäftsstelle.

Der Justizminister hat ferner gemäß der Entschließung des Landtags, durch welche das Staatsministerium ersucht ist, in eine Nachprüfung der aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreiks abgeurteilten Straffälle einzutreten, durch eine Allgemeine Verfügung vom 26. d. M. die erforderlichen Anordnungen für eine Prüfung dieser Sachen unter dem Gesichtspunkt der etwaigen Herbeiführung von Gnadenerweisen getroffen.

Der große Disziplinarsenat für richterliche Beamte beim Kammergericht

Berlin, den 27. Juli. Der amtliche Preußische Pressedienst meldet:

Gemäß Artikel 3 des vom Landtag beschlossenen Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 7. Mai 1851 hat das Staatsministerium aus der Zahl der preußischen Richter die folgenden sechs Mitglieder und Stellvertreter für den großen Disziplinarsenat beim Kammergericht ernannt: Mitglieder: Landgerichtspräsident Dr. Münster (Münster), Landgerichtspräsident Dr. Volmer (Essen), Oberlandesgerichtsrat Dr. Großmann (Marienwerder), Oberlandesgerichtsrat Dr. Höpker-Aschoff (Hamm), Amtsgerichtsrat Marquard (Charlottenburg), Landgerichtsrat Kroner (Landgericht I Berlin); Stellvertreter: Landgerichtsdirektor Dr. Heucke (Landgericht II Berlin), Landgerichtsdirektor Goebel (Oppeln), Amtsgerichtsrat Geh. Justizrat Reinhard (Melle), Amtsgerichtsrat Dr. Kohler (Amtsgericht Berlin-Mitte), Amtsgerichtsrat David (Amtsgericht Berlin-Tempelhof), Landgerichtsrat Amende (Landgericht III Berlin).

Staatskommissar Weismann und Leoprechting

Im bayerischen Landtag ist mehrfach von Beziehungen des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung, Dr. Weismann, zu dem Freiherrn von Leoprechting die Rede gewesen. Hierzu wird der „Dena" von seiten des Staatskommissariats mitgeteilt: Irgendwelche persönlichen Beziehungen hat der Staatskommissar zu Leoprechting niemals und in keiner Form unterhalten. Das Staatskommissariat hat lediglich die von Leoprechting herausgegebene Nachrichtenkorrespondenz abonniert, wie das seine Pflicht war, wenn es sich gewissenhaft über alle in sein Ressort fallenden Angelegenheiten unterrichten wollte. Späterhin ist dann Leoprechting bei einem der Referenten des Staatskommissariats erschienen und erklärte, er sei auf Grund seiner weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Beziehungen in der Lage, umfassendes Material über rechtsradikale Treibereien nicht nur in Bayern, sondern auch im übrigen Deutschland beizubringen. Daraufhin sah sich das Staatskommissariat pflichtgemäß veranlaßt, ein Halbjahrsabonnement auf Leoprechtings Nachrichtenblatt zum Preise von 15 000 M. abzuschließen. Persönlich hat Staatskommissar Weißmann Leoprechting nie gesehen oder gesprochen, wohl aber hat er die von Leoprechting eingehenden Berichte persönlich geprüft. Schon beim vierten oder fünften dieser Berichte stand es für den Staatskommissar fest, **daß man es in Leoprechting mit einem politischen Schwindler zu tun habe.** Die dem Staatskommissar unterstellten Dienststellen wurden daher in eindringlicher Weise vor Leoprechting gewarnt. Von seiten des Staatskommissars wurden sogar weitere Schritte gegen Leoprechting geplant, die indessen durch die Verhaftung des Abenteurers unnötig wurden. Bei dieser Sachlage kann also von irgendwelchen persönlichen Beziehungen des Staatskommissars zu Leoprechting in keiner Weise die Rede sein.

Freilassung und Wiederverhaftung

Ein Teil der Tagespresse berichtete, daß die Verhandlung in der **Mordsache Rathenau** im Oktober vor dem Staatsgerichtshof stattfinden wird. Diese Mitteilung ist irrig. Gegenwärtig ist der vom Staatsgerichtshof eingesetzte Untersuchungsrichter mit der Bearbeitung der Angelegenheit beschäftigt. Wenn sich auch noch kein genauer Termin für die Hauptverhandlung bestimmen läßt, so wird man mit Sicherheit damit rechnen können, daß die **Verhandlung** bereits **im September** stattfindet. — Der von der Berliner politischen Polizei wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder festgenommene Mieter der Burg Saaleck, Schriftsteller **Dr. Stein** sowie der ebenfalls wegen Begünstigung von der Berliner Polizei festgenommene Kapitänleutnant a. D. **Wolfgang Dietrich** aus Erfurt sind nicht vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, sondern von dem zuständigen Berliner Amtsrichter **auf freien Fuß gesetzt** worden. Der Oberreichsanwalt hat sofort, als er von dieser Freilassung Kenntnis erhielt, **die neuerliche Festnahme** von Dr. Stein und Dietrich angeordnet. Darauf ist Dr. Stein, der sich noch in Berlin aufhielt, am Freitag, dem 28. Juli, von der Berliner Polizei wiederum festgenommen worden.

Den „zuständigen Berliner Amtsrichter" sollte man doch sofort kaltstellen, der so „objektiv" war, den deutschnationalen „Harmlosen" freizulassen.

Neue Lohnregelung im Bergbau

Essen, 28. Juli. In den heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und der Bergarbeiterverbände wurde hinsichtlich der Lohnordnung über das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier ab 1. August 1922 folgendes vereinbart: Die Lohnerhöhung beträgt insgesamt 26 Prozent ohne die Sozialzöhne. Das Haushaltsgeld beträgt 7 Mark je Schicht, das Kindergeld 8 Mark je Schicht und Kind einschließlich einer Sonderzulage von 3 Mark je Schicht. Für die unter Tage beschäftigten Arbeiter stellt sich der Mindestlohn der Gedingearbeiter auf 286,90 Mark. Der Lohn der Gedingearbeiter soll im Durchschnitt auf jeder einzelnen Schachtanlage bei normaler Arbeitsleistung mindestens 347,30 Mark betragen. Davon entfallen auf den **Grundlohn 174 Mark.** Schlepper im Gedinge einer Kameradschaft erhalten aus dem Gedinge im ersten Halbjahr 12,50, im zweiten Halbjahr 11 Mark je Schicht weniger.

Waffenfunde bei Berlin

(WTB.) **Berlin**, 28. Juli. Beamte der Berliner Politischen Polizei haben in den letzten Tagen mehrere Waffenlager beschlagnahmt. So wurden in einer Villa in Lichterfelde drei Maschinengewehre, zwei Maschinenpistolen, 120 Gewehre, mehrere Pistolen, Handgranaten, Stahlhelme, Seitengewehre und zahlreiche Munition gefunden. Nach den bisherigen Feststellungen sind es Waffen der früheren Lichterfelder Einwohnerwehr.

Ferner wurden bei einem Berliner Schankwirt in der Hochstraße, der zugleich kommunistischer Bezirksverordneter ist, ein dort eingemauertes Waffen- und Sprengstofflager beschlagnahmt, bestehend aus 20—25 Kilo Sprengstoffladung, 400 Meter Zündschnur, drei Maschinenpistolen, acht Gewehren, vier Karabinern, 40 Handgranaten sowie Munition.

Wir sind nicht in der Lage, diese vom Wolffschen Telegraphenbüro stammende Meldung nachzuprüfen.

Die Berliner Friedensdemonstration

Lustgarten — Marstall — Schloßplatz

Die anläßlich der achten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs vom Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg" und dreißig Verbänden einberufenen Friedensdemonstrationen „Nie wieder Krieg" finden in Berlin am morgigen Sonntag, den 30. Juli, mittags, pünktlich 12 Uhr, statt.

Der Aufmarsch zur Kundgebung erfolgt mit Kapellen des Deutschen Musiker-Verbandes von folgenden Plätzen aus:

1. Weberwiese, 11 Uhr; 2. Humboldthain (Spielwiese), 11 Uhr; 3. Kleiner Tiergarten (Moabit), 10 Uhr; 4. Hermannplatz, 10 Uhr; 5. Am Knie, 9½ Uhr; 6. Wittenbergplatz, 10 Uhr; 7. Steglitz, Markt, 9½ Uhr; 8. Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz, 10 Uhr; 9. Belle-Alliance-Platz, 10 Uhr; 10. Mariannenplatz, 10 Uhr; 11. Friedrichshain (Königstor), 10½ Uhr.

Das Programm der Kundgebung bringt im musikalischen Rahmen den Vortrag eines Prologs von Theobald Tiger durch fünfzehn bekannte Berliner Schauspieler und die Referate. Die Durchführung der gesamten Veranstaltung liegt in den Händen des Vorsitzenden des Aktionsausschusses Karl Vetter.

Abgestürztes Postflugzeug

Boitzenburg, 28. Juli. Heute gegen 3¼ Uhr nachmittags hat sich das Postflugzeug D 150 der Deutschen Luftreederei sechs Kilometer von Boitzenburg entfernt überschlagen und ist in die Guelzer Tannen abgestürzt. Der Führer, von Bertal, und drei Passagiere, anscheinend Amerikaner, haben sämtlich Schädelbrüche erlitten. Die Leichen wurden geborgen. Die Ursache des Unfalls ist noch ungeklärt, da das Flugzeug völlig zertrümmert ist.

Erdbeben in Spanien

Granada, 27. Juli. Ein Erdbeben, welches von dumpfem Rollen begleitet war und fast eine Minute dauerte, wurde heute morgen um 3 Uhr verspürt. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen, jedoch wurde kein Schaden angerichtet.

Abschaffung der Todesstrafe bei Minderjährigen. Das Volkskommissariat für Justizwesen hat den Entwurf eines Dekrets über die Abschaffung der Todesstrafe bei Personen, die noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht haben, ausgearbeitet. Der Entwurf ist dem Rate der Volkskommissare zur Bestätigung vorgelegt worden.

Hatt Kniff-Teigwaren

Makkaroni, Nudeln oder Hörnle,

vollwertiger Ersatz für Fleisch, dabei um vieles billiger. Bekömmlich für Gesund und Kranke.

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
3 Uhr nachm.
Undine
Täglich 7½ Uhr:
Robert u. Bertram

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 68
7½ Uhr:
Die erste Geige

Staats-Theater
Schauspielhaus 7½ Uhr
Operettenhaus spielt
Die beiden Nachtigallen

Deutsches Theater
7½ Uhr:
Faschingsmärchen

Kammerspiele
7½ Uhr
Der Raub der Sabinerinnen

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Die Maschinenstürmer

Theater in der Königgrätzer Str.
8 Uhr: Zum 1. Male: Geschichten aus dem Wienerwald. Kapellmeister Kreisler.

Komödienhaus
Täglich: „Gretchen"

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Madame Flirt

Theater am Nollendorfplatz
7¼ Uhr
Verliebte Leute

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Er und seine Schwester

Rotter-Bühnen
Täglich 8 Uhr:

Residenz-Theater
Fedora

Trianon-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Theater des Ostens
5 Uhr: Konzert
7½ Uhr: Boms Rast

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7/8
Täglich 7½ Uhr
Die Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten.
Dann das Spezialit.-Programm
Beginn des Konzerts 4½ Uhr

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6
Nur kpl. 14027
Täglich 7½ Uhr
Gastspiel Freyers
Leipziger Sänger
1. Eng. Wintergastspiel der Elite-Sänger.

Metropol-Varieté
Behrenstr. 54
8 Uhr
Infolge d. großen Erfolges verlängertes Gastspiel
Carl Bolesko
und 8 weitere Varieté-Schlager

Neue Welt

ARNOLD SCHOLZ — Hasenheide 108/114

Heute
Sonnabend, den 22. Juli 1922

Eröffnung
des
Münchener Kellerfestes

(Bei schlechtem Wetter in den verdeckten Hallen und Sälen)

100 bayr. Madl — 5 Kapellen

Riesen-Fronten-Feuerwerk

Tanzdiele / Pariser Jazband

Warum beseitigen Sie Ihren **Rheumatismus** nicht durch Godesberger **Kräuter-Geist** Flor de Godesia

In Apotheken! Prospekt gratis!
A. Dorfstecher & Co. Nachf. G.m.b.H. Bad Godesberg.
Hauptniederlage für Berlin:
Elefanten-Apotheke SW, Leipziger Str. 74

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der echte Kapitän-Kautabak nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist. Verkaufsstellen durch Carl Böcker, Bln., Lichtenberger Str. 23 Rpt. 3261)

Gold, Silber, Platin
Zeitungen kg 8 Mk.
Flaschen bis 10 Mk.
kauft Schütt,
Kyffhäuserstrasse 5,
nah Winterfeldtpl.

Sämtliche **Metalle**
kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken
Schnitzendorferstr. 2.

Altmetalle
zahlt hohe Preise, würde gern Str. I. Reinickendorfer Str. 197

Schokoladen
noch zu alten Preisen!

Schmelz, 10 g	6,55 M.
Milch, 100 g	18,00 „
Edel, 100 g	15,40 „
Nuß, 100 g	15,00 „
Drolinen, lose, Pfund	44,65 „

Pralinen in ½ Pfd.-Packung, Nelkenflocken Pfund 53,00 M., Dragee-Nelken-Auswahl — Pfund 28,65 M.

M. Knopf, Rosenthaler Str. 10.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

bietet das

Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus" Engel-Ufer 25

„Arbeiter-Sport"

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport" vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport" wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kämpferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport" wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflachung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden."

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport". Er ist das einzigste Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport"
Berlin SO 16, Köpenicker Straße 106.

Flaschen, Lumpen, Knochen, Zeitungspapier, Altmetalle, kauft Grünthalerstraße 89. — Für Händler Extrapreise. —

Zeißfeldstecher Gut u. stark, kauft Händl. H. Steckelmann Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 Lützow 9289

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit
von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon:
Amt Norden 833, 834, 835, 836

Am Montag, den 31. Juli 1922, abends 5 Uhr, findet in dem Saphirsaal, Weinmeisterstr. 16/17, eine Versammlung aller in der

Knopf-Industrie

beschäftigten Kolleginnen und Kollegen statt.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Lohnabkommen.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Achtung!
Die Instrumenteure und Helfer

Montag, den 31. Juli 1922, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16/17,

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht vom Gewerkschaftskongreß.
2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung!

Gaspreis.

Unter Berücksichtigung auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1922 haben wir den Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Lichtenberger, Spandauer, Cöpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligenseer Gaswerke mit Wirkung von der Standaufnahme im August einheitlich auf

8.— Mark

für das Kubikmeter festgesetzt.

Berlin, den 28. Juli 1922.

Direktion der Städtischen Gaswerke.
Gabcmer. Tremmel.

Hochaktuell! Soeben erschien! Hochaktuell!

E. PREOBRASCHENSKI:

Die Ergebnisse der Genueser Konferenz und die wirtschaftlichen Aussichten Europas

Der Verfasser, Mitglied der russischen Delegation in Genua, behandelt in dieser Schrift folgende Fragen: 1. Die Kräftegruppierung und das Interessenverhältnis verschiedener Staaten vor der Genueser Konferenz / 2. Sowjetrußland und die Genueser Konferenz / 3. Die Genueser Tagung / 4. Die kapitalistische Disziplin / 5. Die Ergebnisse der Genueser Konferenz für Sowjetrußland / 6. Die Zukunftsaussichten

Preis 30.— Mark

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Meine Herren!

Einen wirklich guten Anzug, Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen. Große Auswahl. Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie.

Alexandrinenstraße 116,
Hochbahnstation Prinzenstraße.
Fahrtvergütung.

Die Antwort auf den Rathenau-Mord
sei die
Beschlagnahme des Hohenzollern-Vermögens!

Hohenzollern
Wilhelm II. und sein Haus
Der Kampf um den Kronbesitz
Preis gebunden M. 30.—

Warum war der Staatsgerichtshof notwendig?
Die Aufklärung bringt:
Kuttner, Bilanz der Rechtsprechung
Preis M. 10.

Erneute Bedeutung hat erlangt die früher erschienene Schrift desselben Verfassers:
Warum versagt die Justiz?
Preis M. 15.—

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Freiheit
Berlin SW. 61, Urbanstraße 7.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Unterzeichneter bestellt hiermit vom ____
1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit den
Unterhaltungsbeil. „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse"
zum Preise von monatlich 70.—, halbmonatlich 35.— Mk.
bei freier Zustellung ins Haus.

Name: ____
Ort: ____ Straße: ____ Nr. ____
(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Stk., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 I, im Kuvert als Drucksache, einzusenden.

Alle Seifenhändler
decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Ia Faßseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager
Emerich A. Salgo,
N 54, Lothringer Straße 38, Hof
Fernsprecher: Norden 1976.

Platin-, Gold- u. Silberbruch Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Tagespreisen
Roseneck, Berlin O.,
Schreinerstraße 32 (Laden)
1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fahrgeldverg. Gr. Absatzg. f. Händler.

Metzner
Kinderwagen-Welthaus
Metall-Bettstellen, Kinder- u. Korbmöbel, Korbwaren, Rundstühle, Puppenwagen, Alle Kinder-Fahrzeuge usw.
Größte Auswahl Berlins.
Andreasstr. 23, Andreasplatz
Brunnenstr. 95, Bausselstr. 67
Leipziger Str. 54, Hausbln. Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Werbt für unser Blatt!

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Auf Teilzahlung!
Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Feniger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Anzüge.
Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Cheviotcoats, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedenspreise. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Auf Teilzahlung.
Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltigstes Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser, Gottlieb, Kollendorffstraße 22a, 2. Etage. Nähe Kollendorffplatz. Geöffnet 9—7.

Staunenerregend!
Kreuzfüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Alaskafüchse! Zobelfüchse! Opossum! Blänke! Skunkse! Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus, Warschauer Straße 7. Nur neue, keine Versatzwaren!

Zeitsahnen
neu und gebraucht, Trittlichanzüge und sämtliche Wanderartikel, Taborstr. 7, am Schlesischen Tor.

Anzüge
1100 M., Gummimäntel 1400 M. verkauft Weidhaus Reinickendorfer Straße 105 (Kettelbeckplatz). Kleine Lombardware

Kreuzfüchse.
Pelzwaren spottbillig Reinickendorfer Straße 105 (Kettelbeckplatz).

Credit-Rath.
Gardinen, Madras, Bett- und Diwandecken, Anzüge, Schlupfer, größte Auswahl, bequeme Ab- und Anzahlung. Elsasser Str. 44 I, nahe Oranienburger Tor.

Pelzwaren!
Trotz enormer Preissteigerung halb umsonst! Riesenauswahl Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Skunks! Pelzwerkried, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Bettwäsche billig!
Jetzt noch sehr billiger Verkauf! Bettbezüge 230—305—380 M., Bettlaken 140 M. an. Prima Ueberschlaglaken 595 M., federdichte Inletts. Barchentkissen, Damast, Wäschestoffe, Küchen, Handtücher, bekanntlich nur gute Qualitäten allerbilligst. Fensterwaren unter Selbstkosten. Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hatvis, Unsitten, größeren Rabatt. Stumpe & Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabrik, Kottbuser Damm dreiundsiebzig, Landsberger Straße achtundachtzig.

Kinderwagen.
Klappsportwagen, Kinderdrahtbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Nirgends besser
kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren aus Erlös für Mahnversteigerung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

3000 Anzüge.
Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzjacken, Blusen usw., gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fabrikvergütung. Leihhaus Borbagener Straße 47.

Gardinen
Aroher Saisonausverkauf, nur noch bis einschließlich Montag, den 31. Juli. Gardinenstoffe, prima Englischtüllgewebe, doppelbreit, Meter von 56, Künstlergarnituren, Fenster von 335, Madrasgarnituren in allen Farben, Fenster von 595. Halbstores, reizende Muster, Fenster von 325. Bettdecken für zwei Betten von 650 aufwärts. Fried's Gardinenhaus, Prinzenstr. 84 II, am Moritzplatz, kein Laden. Freiheitsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt.

Erstklassige Anzüge,
Schlüpfer, Paletots kaufen Sie gut und billig im „Bekleidungshaus", Prinzenstr. 84 2 Tr. Jackettanzüge neue Modelle, Cutaways, Jünglingsanzüge, Winterschlupfer, Ersatz für Maßarbeit. Große Vorräte, noch zu alten Preisen.

Oelgemälde,
Sammlung bedeutender Meister, neu gerahmt, Stückpreis 400—900 M. Tischlieder, Prinzenallee 9 (am Bahnhof Lichtenberg—Friedrichsfelde).

Möbel

Küchen,
moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl, Küchenmöbelfabrik Himmel, Loitzinger Str. 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues
525, Metallbetten 300 Matratzenmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen, Bettstellen, Waschtische, Nachttische, Kommoden, Spiegelschränke, Vertikows, Sofas, Sessel, Stühle, Tische, Hocker, Bänke, Auflegematratzen, Steppdecken, Daunendecken, Kissen, Bettfedern, Daunen, Inletts, Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Läufer, Linoleum, Wachstuch, Gummistoffe, Gummiwäsche, Gummibetteinlagen, Gummischürzen, Gummihandschuhe, Gummiunterlagen, Gummiwaren aller Art, Gummiabsätze, Gummiplatten, Gummischläuche, Gummiringe, Gummiband, Gummifäden, Gummiknöpf

Groß-Berlin

Schmutzfinken

Jedes Mittel ist ihnen recht. So stand am 23. Juli folgender Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, an der der „Sozialdemokrat“ Lensch Chefredakteur ist:

Eine seltsame „Ehrung“.

150 Fürsorgezöglinge „beurlaubt“ — 75 entflohen!

An jenem Dienstag, an dem der ermordete Minister Rathenau beigesetzt wurde, entließ, wie erst jetzt bekannt wird, der Direktor der Fürsorgeanstalt Lichtenberg sämtliche Zöglinge, 150 an der Zahl, damit sie an der Trauerkundgebung teilnehmen könnten. Von den 150 Fürsorgezöglingen, die sich plötzlich ihrer Freiheit erfreuten, fanden sich nur fünfundsiebzig wieder ein.

Ganz abgesehen davon, daß es eine seltsame „Ehrung“ darstellt, Fürsorgezöglinge zu einer Trauerkundgebung zu delegieren, scheint doch hier ein schweres Amtsvergehen des leitenden Direktors vorzuliegen, der die ihm anvertrauten Zöglinge, die heute, bei einer oft bedenklich humanen Rechtsprechung, sicher nicht „aus nichtigen Gründen in einer Fürsorgeanstalt interniert werden, einfach entließ, ohne die geringsten und selbstverständlichen Maßnahmen für ihre Rückkehr zu treffen.

Wahr ist an der Sache, daß auf einer Konferenz der Lehrer, Erzieher und Hausväter der Anstalt einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, an der Trauerkundgebung teilzunehmen. Es gingen etwa 150 Zöglinge gemeinsam mit den abkömmlichen Lehrern, Erziehern und Hausvätern zu dieser Kundgebung.

Von den Jungen kamen drei nicht wieder mit zurück in die Anstalt. Das kann natürlich bei jedem Ausflug, den die Anstaltsinsassen machen, vorkommen. Es würde aber keinem Anstaltsleiter in den Sinn kommen, aus diesem Grunde die Ausflüge aufzugeben. Das Risiko muß getragen werden, denn das Vertrauen der Anstaltsleitung in die Zöglinge wirkt sich erzieherisch in hohem Maße aus.

Die modernen Pädagogen, auch aus den rechtsgerichteten Kreisen, gehen von dem Gedanken aus, den armen jungen Menschenkindern die Hand zu reichen, sie zu stützen und umzuformen zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft. Die Erfolge geben ihnen recht. Jene aber, aus deren Reihen die Mörder stammen, möchten die Aermsten noch tiefer in das Elend stoßen.

Die Arbeiter mögen sich diese Stützen der alten Gesellschaft nur sehr genau betrachten. Es ist das sehr lehrreich.

5 Mark die Straßenbahnfahrt

Die Einführung des neuen Straßenbahntarifs hat gestern im Berliner Benutzerkreise der Straßenbahn immerhin einige Ueberraschungen gebracht. Viele der Fahrgäste waren über die Erhöhung noch nicht unterrichtet und mußten erst von dem Schaffner auf den Aushang im Wagen hingewiesen werden. Die Auswirkungen des Tarifs wird sich voraussichtlich erst in den nächsten Tagen zeigen und die übliche Erscheinung mit sich bringen; die übrigen Verkehrsmittel werden stärker besetzt sein. Vor allen Dingen wird dabei mit einer Abwanderung auf die Stadt- und Ringbahn gerechnet werden müssen, die der stärkste Konkurrent der Straßenbahn ist. Erst später wird wieder ein Ausgleich in der Besetzung eintreten.

Am geringsten wird voraussichtlich die Abwanderung der Fahrgäste auf die Kraftomnibusse sein, die voraussichtlich schon von morgen ab ihre Fahrpreise wesentlich erhöhen werden und dabei in Anbetracht der nicht unwesentlich höheren Verteuerung der Betriebsstoffe gezwungen sind, über das von der Straßenbahn gewählte Ausmaß hinauszugehen und den Fahrpreis für die Teilstrecke auf 5, für die ganze Fahrt auf 7 Mark festzusetzen, während die Fahrt auf der Luxuslinie (E), Unter den Linden—Halensee, in Zukunft 8 M. kosten wird.

Weitere Tariferhöhungen werden voraussichtlich auch bei der Hochbahn und im Stadtbahnverkehr eintreten, die letztere wird voraussichtlich zum 1. Oktober, möglicherweise aber schon früher gezwungen sein, die Fahrpreise für die Stadt- und Ringbahn (Mindestfahrpreis) heraufzusetzen. Die Betriebslage bei der Omnibusgesellschaft, die diesmal wieder die Straßenbahn mit der Tariferhöhung hat vorausgehen lassen, erfordert, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, einen noch höheren Tarif, so daß in absehbarer Zeit eine weitere Steigerung des Tarifs erforderlich sein wird. Auch die Kraftdroschkenbesitzer sind bereits um eine erneute Erhöhung der Taxe eingekommen, deren Genehmigung durch den Magistrat bereits erfolgt ist, während der Polizeipräsident voraussichtlich schon in den nächsten Tagen seine Zustimmung geben wird.

Die Not der Presse!

Der soeben erschienene 12. Nachtrag der amtlichen Zeitungspreisliste für das Jahr 1922 verzeichnet wieder 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Erscheinen eingestellt haben.

Am schwersten hat die Arbeiterpresse um ihre Existenz zu kämpfen, weil große Kreise der Arbeiterschaft nicht die Presse lesen, die sie eigentlich lesen müßten, sondern es mit ihrer Arbeiterehre vereinbaren zu können glauben, irgendein bürgerliches Preßorgan zu halten.

Genossen! Rettet Eure Presse! Unterstützt sie nicht nur, indem ihr sie leß, sondern agitiert auch für sie. Eure Parole sei: Heraus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen.

Laßt Stinnes nicht triumphieren.

Wann?

Die Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte auf der Berliner Straßenbahn, die für bestimmte Kriegsbeschädigte, Beinverletzte und -amputierte, Kopfschußverletzte, Herz- und Lungenleidende und schließlich für alle mehr als 50 v. H. erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte gewährt werden soll, ist noch immer nicht festgesetzt. Bekanntlich hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung anläßlich der letzten Tariferhöhungen (von 3 auf 4 M. je Einzelfahrt) beschlossen, den Schwerkriegsverletzten eine Fahrterleichterung zu schaffen, so daß die Ermäßigung 50 v. H. beträgt und die Kriegsopfer nur 2 Mark je Einzelfahrt zu bezahlen brauchen sollten. In Verfolg dieses Beschlusses sind von der Direktion der Berliner Straßenbahn die Bedingungen für die Gewährung der Fahrpreisermäßigung ausgearbeitet worden. Der Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung ging aber noch weiter, daß die Kosten für diese Ermäßigung nicht von der Stadt Berlin, also von der Straßenbahn zu tragen seien, sondern daß das Reichsarbeitsministerium diese Kosten tragen solle. Daher wurde der Entwurf der Bedingungen dem Reichsarbeitsministerium zur Genehmigung vorgelegt und diese Genehmigung zur Einführung der Fahrpreisermäßigung für die Kriegsbeschädigten abgewartet.

Bisher hat sich das Reichsarbeitsministerium zu diesem Entwurf überhaupt noch nicht geäußert. Angesichts der Tatsache, daß sich die Fahrpreise der Straßenbahn bereits von heute (Freitag) ab aufs neue erhöhen und zahlreiche Kriegsbeschädigte sich in außerordentlicher Notlage befinden, da die Renten mit der allgemeinen Teuerung nicht mitgegangen sind, wäre es im Interesse der Kriegsbeschädigten nur zu wünschen, wenn das Reichsarbeitsministerium in Sachen der Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte auf den Berliner Straßenbahnstrecken eine schnelle Entscheidung fällen würde, zumal in anderen deutschen Städten den Kriegsbeschädigten schon seit Jahr und Tag eine große Reihe von Tarifvergünstigungen eingeräumt worden sind, wenn sie auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesen sind.

Neuer Gaspreis

Durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1922 ist der Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Lichtenberger, Spandauer, Köpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligenseer Gaswerke mit Wirkung von der Standaufnahme im August ab auf 8 Mark für das Kubikmeter festgesetzt.

Teuerungszuschüsse für August 1922 an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Neukölln bittet uns, besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Teuerungszuschüsse für Monat August nicht durch die Post zugesandt werden, sondern daß die Auszahlung in den Büros der Fürsorgestelle in der Zeit von **Montag, dem 31. 7., bis einschl. Mittwoch, dem 9. 8. 1922,** erfolgt. In welcher Reihenfolge die Empfangsberechtigten abgefertigt werden, ergibt sich aus der an den Anschlagsäulen veröffentlichten Bekanntmachung, auf die wir besonders hinweisen. Während der Zahlung der Teuerungszuschüsse wird eine anderweitige Abfertigung nur in dringenden Fällen, wie Krankenhausaufnahmen, Beerdigungen, ärztliche Versorgung usw. erfolgen.

Wer von den Empfangsberechtigten an den festgesetzten Tagen nicht erscheint, hat bei späterem Erscheinen mit Erschwernissen zu rechnen.

Die Macht des Dollars

Eine Folge des hohen Dollarstandes bereitet der Postbehörde seit einiger Zeit erhebliche Unannehmlichkeiten. Von dem Publikum, das von Verwandten oder Geschäftsfreunden aus Amerika Briefe erhält, wird vielfach lebhafte Klage darüber geführt, daß diese Briefe, wie sich deutlich erkennen läßt, von unbefugter Seite geöffnet und ihrer, dem Empfänger hochwillkommenen Einlage, nämlich einiger Dollarscheine, beraubt worden seien. Derartige Fälle haben auch schon mehrfach die Gerichte beschäftigt. Kürzlich stand wieder ein derartiger Fall unter Anklage, und zwar handelte es sich um den Oberbriefträger Schrimmer von dem Postamt 30 in der Neuen Winterfeldtstraße. Hier waren wiederholt Klagen eingegangen, daß aus Amerika stammende Briefe geöffnet und ihres zumeist aus 5- und 10-Dollar-Noten bestehenden Inhalts beraubt worden seien. Die Ermittlungen lenkten den Verdacht auf den Angeklagten, bei dem man bei einer körperlichen Untersuchung mehrere geöffnete Briefe fand. Während Sch. damals ein offenes Geständnis abgelegt hatte, bestritt er jetzt vor der Strafkammer seine Schuld. Der Vertreter der Anklage beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren.

Maschinenstürmer. Zu der Aufführung im Großen Schauspielhause am Freitag, dem 4., und Sonnabend, dem 5. August, sind im Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, Eintrittskarten zu haben.

Tariferhöhung bei der Omnibusgesellschaft. Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft ist diesmal dem Beispiel der Straßenbahn schnell gefolgt. Bereits vom heutigen Sonnabend ab treten bei den Autobussen folgende erhöhte Fahrpreise in Kraft: Teilstrecken kosten in Zukunft 5 M., die ganze Strecke mit Ausnahme der Linie F 7 M. Für die Linie E beträgt der Fahrpreis für die Teilstrecken 5 und 7 M., und für die ganze Strecke 8 M.

Das neue Arbeiterlied. Allabendlich wird im Großen Schauspielhaus in Berlin bei der Aufführung „Die Maschinenstürmer“ von Ernst Toller „Das Arbeiterlied“ (Musik von Klaus Pringsheim) vom Publikum mitgesungen. Ein Revolutionslied, das das Blut peitscht, dessen dumpfer Marschrhythmus Bann und Rausch wird, dem sich niemand entziehen kann. Ein Lied, das volkstümlich werden muß, eine deutsche Marseillaise. Noten mit Text zum Preise von 1,50 M. sind erschienen in der Buchhandlung Freiheit G. m. b. H., Berlin SW. 61, Urbanstraße 7.

Die Berliner Stadtbau-Gesellschaft m. b. H. (früher Neuköllner Stadtbau-Gesellschaft m. b. H.) hat sich zu einem erstklassigen Unternehmen entwickelt und ist bei staatlichen und

---

Der Entgleiste

Roman von **Wilhelm Holzamer.**

(5. Fortsetzung.)

Sie saßen auf der Treppe des Theaters und sahen hinüber zum Gutenbergdenkmal.

„Weißt du was von dem?“ fragte sie.

„Das ist der Gutenberg,“ antwortete der Bub.

„Na ja, dann weißt du's ja. Von dem kommt die Buchdruckerkunst her. Meinst du aber, der wär reich gewesen? Und meinst du, wenn der reich gewesen wär, dann ständ er da? Gepfiffen!“

Der Philipp machte große Augen. Sie riß ihn auf und zog ihn mit sich fort.

„Komm, wir essen jetzt was. Nachher, wenn du dein Anzug hast, dann können wir nit mehr in die Zieglerwirtschaft gehen. Dann hört's auf. Aber jetzt, da geht's noch.“

Der Philipp sagte: „Und Ihr, Mutter!“

Da sah sie ihn erst einmal groß an, und dann sah sie an sich herab. Ein wenig strich sie mit ihren plumpen Händen über das schwarze Schürzchen, das sie vorgebunden hatte. Dann ging sie raicheren Schrittes und zerrte ihren Sohn heftig neben sich her.

„Und ich?“ fragte sie dann nach einer Weile.

Ihre Stimme war hart. Es knurrte etwas darin, wie wenn eine Säge auf einen Nagel im Holz fährt. Dann milderte sie sie und sagte — ihr Ton war immer noch rauh, aber nun doch nicht rauher wie gewöhnlich:

„Du wirst nun groß, und eines Tages hängt alles an dir. Auch dein Mutter. Denn heut kann ich noch schaffen. Morgen auch noch. Auch in ein paar Jahren noch, aber auf einmal ist's aus. Auf einmal kann man nit mehr, mit dem besten Willen nit. Da sind die Knochen mürb und die Gelenke steif. Jetzt aber, wo ich's noch kann, da schaff ich für dich. Da soll mir nix zu viel sein. Im Dreck, im Letten. Und da darfst du dich deiner Mutter nit schämen, wenn du auch geputzt bist. Und wenn ich dann nit mehr kann, dann auch nit.“

„Nein, Mutter,“ sagte er.

Plötzlich rüttelte und schüttelte sie ihn heftig an der Hand, an der sie ihn führte, und sagte mit grober Stimme, mit rascher Heftigkeit:

„Sollst dich unterstehn. Sollst dich unterstehn! In dem Augenblick, wo ich dir nit mehr gut genug bin, schmeiß ich dich hinaus, daß du Hals und Bein brichst, wie ich dein Vater hinausgeschmissen hab.“

Der Bub sagte: „Ich weiß ja gar nit, was Ihr wollt, Mutter.“

„Na ja,“ stieß sie heraus. „Merk dir's. Merk dir's nur. Meiner Seel, das tu ich. Und wenn du mir ein Lump wirst, wie dein Vatter — dann nit mehr unter die Augen!“

Auf den Philipp machte das nicht allzu tiefen Eindruck. Er war die barsche Art seiner Mutter gewöhnt. Was wollte sie denn nur. Den richtigen Sinn verstand er nicht. Sie brauchte ihm keine Kleider zu kaufen. Sie konnte ihn ruhig in die Lettenkaute stecken, wenn er aus der Schule war. Da hatte er sich nichts zu schämen. Da schaffte er wie sie auch. Aber wenn sie's wollte, daß er Schullehrer oder Pfarrer werden sollte, dann war ihm das auch recht. Es gab vielleicht ein bißchen viel zu lernen — aber den Lettenkarren drücken, war auch nicht den Mäus gepfiffen. Er dachte nicht weiter drüber nach. Er dachte an neue Kleider, und daß die ihm gut stehen würden. Ein Hütchen, aufs eine Ohr, — er wollt's schon fein machen.

Im Dorf sagten die Leute, der Philipp habe die Lustigkeit von seiner Mutter und den Leichtsinn von seinem Vater. Er machte ein bißchen gern den Majores*). Und seine Mutter lachte sich helle Tränen dazu. Das wollte sie gerade. Wenn er auf der Gasse herum tanzte, dann wurde sie nicht fertig zu rufen: „Tanz nur, tanz nur!“ Das rief sie mit einem hellen A, wie's gar nicht im Dorfe gesprochen wurde, und es klang den Leuten komisch, so daß sie's gerne nachäfften. Das A hatte sie von ihrer Mutter geerbt, die aus der Bingener Gegend her war. Im Mainzerland war das A dunkeler.

Na ja, und nun dachte der Philipp, wie er mit seinem Hütchen auf einem Ohr unter den Kindern der Gasse herumtanzen tät. Außerdem war so viel zu sehen hier im Leben und Treiben der Stadt, da konnte er den Worten der Mutter nicht viel nachhängen. Er sagte nur:

„Ich weiß nit, was Ihr wollt, ich schäm mich ja gar nit.“

Dann traten sie in eine Wirtschaft ein, die Klar bestellte zwei tüchtige Glas Rheinisch Aktien-Bier, zwei warme Heeschen*), und sie sprach ihrem Philipp tüchtig zu, daß er einhauen sollte.

Dann ging sie mit ihm in die Schustergasse und kaufte für ihn ein. Alles, was sie sich gedacht hatte. Und ein grünes Hütchen mit einer krummen Entenfeder. Die schwarzen gefielen ihr nicht. Sie fand, daß der Philipp sehr gut so aussah. Als er vor den Spiegel trat und sein Hütchen rückte und es ordentlich auf die Seite schob, da sagte sie zwar: „Hospes**), der du bist, so arg brauchst's nit zu machen,“ aber sie lachte doch, und der Philipp ließ es fest auf einem Ohr sitzen. Dann trollten sie los. Sie gingen über Zahlbach an der römischen Wasserleitung vorbei, denn die Klar dachte, es sei gut, das dem Philipp zu zeigen. Viel erklären konnte sie ihm freilich dabei nicht. Da müsse er den Schullehrer fragen, aber „der Teufel konnt wissen, wie die Kerl das gemacht hätten mit dem Mauerwerk. Sieben Gäul könnten das nit umreißen, und wenn sie ziehen täten wie die Bär'n“. Das war's, was sie von dem Werke der Römer verstand.

Als sie die Pariser Straße hingingen, begann es zu düstern. Ganz langsam sanken die Dörfer ins Grau, und bald ins Dunkel. Aus der Pfalz fuhren die Kutscher herein in die Stadt. Von ferne sah man sie schon die Hügelhöhen herunterkommen — an der Deichsel schwankten die brennenden Laternen.

Auf der Marienborner Brücke sahen sie zu, wie ein Zug unter ihnen durchfuhr, und als sie weitergingen, berührte es sie eigentümlich, daß nun unter ihnen das Tunnel war, das jeden Augenblick zusammenbrechen konnte. Denn die Klar, die darin Fachkenntnis hatte, erklärte dem Philipp, daß das ganz aus Flonheimer Sandstein gebaut sei, und der wäre „weich wie Butter“.

Aber sie kamen glücklich drüber. (Fortsetzung folgt.)

*) den Hanswurst

*) Schweinsknöchel. **) Fatzke.

städtischen Behörden sowie Privaten bestens bekannt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt rund 1000. Neben dem eigentlichen Baugeschäft unterhält sie noch folgende Werkbetriebe: Zimmerei mit Holzbearbeitungsmaschinen, Bau- und Möbeltischlerei, Dachdeckerei, Glaserei, Töpferei, Malerei, Schlosserei, Klempnerei und Installationen. Da das Unternehmen die Aufträge, die angeboten werden, nicht alle mehr annehmen kann, hat sich der Magistrat mit dem weiteren Ausbau der Gesellschaft beschäftigt und beschlossen, es unter Hereinnahme von Privatkapital als gemischt-wirtschaftliches Unternehmen weiterzuführen. Zu einleitenden Verhandlungen mit Interessenten ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Stadtrat Radtke, Neukölln, beauftragt. Von diesem sind die notwendigen Auskünfte zu erhalten.

Nie wieder Krieg. Reichsbund Bezirk Osten II. Die Versammlung zur Demonstration „Nie wieder Krieg" findet — nicht wie angegeben, Andreasplatz, sondern Weberwiese statt.

Fern von der Heimat gestorben. Vorgestern abend trafen mit dem Zuge 11 Uhr 10 Minuten auf dem Anhalter Bahnhof eine Anzahl schwedischer Lehrer und Lehrerinnen hier ein. Gleich darauf wurde eine der Teilnehmerinnen, die 56 Jahre alte schwedische Lehrerin Hekla Bjorklund, von einem heftigen Unwohlsein befallen, so daß man sie nach der Bahnhofswache trug. Da ihr Zustand sich nicht besserte, sollte sie nach der Rettungsstelle in der Eisholzstraße geschafft werden, doch starb sie bereits auf dem Transport dahin infolge eines Herzschlages.

Schwerer Unglücksfall. Der Eisenbahnarbeiter Franz Lachner wurde während des Dienstes von einer Lokomotive überfahren. Der rechte Unterschenkel und der linke Fuß wurde abgefahren. Die Sanitätskolonne brachte ihn sofort zum Lazaruskrankenhaus.

Beim Baden ertrunken. Aus dem Dämritzsee wurde die Leiche des 26 Jahre alten Eisendrehers Bruno Lassowski aus der Hohenlohestraße 15 gelandet. Da der Tote nur mit einer Badehose bekleidet war, ist anzunehmen, daß er beim Baden ertrunken ist.

Verloren. Die Armbinden Nr. 157 und Nr. 396 der Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin sind verloren gegangen. Finder wollen dieselben an die Geschäftsstelle N. 37, Schönholzer Straße 20, 1 Tr., senden.

Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig

Von den Wettkämpfen der Arbeitersportler liegen bis jetzt folgende Resultate vor:

Geräteturnen.

Dreizehnkampf. 1. Kurt Kluge, Rußdorf, 219 Punkte. 2. Karl Schulze, Gera, 218 Punkte. 3. Walter Herbsleb, Rudolstadt, 212½ Punkte. 4. Artur Mayer, Essen, 211 Punkte. 5. E. Leithold, Berlin, 209 Punkte. 5. Ballmer, Basel, 208 Punkte.

Zehnkampf der Männer. 1. Artur Mayer, Essen 188½ Punkte, Albert Rahnfeld, Irschwitz, 188½ Punkte. 2. Wilhelm Buri, Durlach, 186½ Punkte. 3. Robert Mecke, Bochum, 182½ Punkte. 4. Heinrich Fries, Durlach, 181 Punkte, Ernst Lott, Schweiz, 175 Punkte, Louis Rädin, Schweiz, 175 Punkte.

Siebenkampf der Alten. 1. Ernst Rich, Zwötzen, 128 Punkte. 2. Johann Böhmer, Geestemünde, 125½ Punkte, Andreas Lummer, Essen, 125½ Punkte. 3. Otto Thomas, Gera, 125 Punkte. 4. August Rolle, München, 124½ Punkte.

Zehnkampf der Turnerinnen. 1. Herta Fröhlich, Planitz, 174½ Punkte. 2. Martha Gutsche, Weißensee, 174 Punkte. 3. Margarete Pöhnert, Leipzig-Eutritzsch, 173 Punkte. 4. Grete Giese, Berlin, 169 Punkte. 5. Irmgard Zillner, Starnberg, 165½ Punkte, Frieda Riedel, Schweiz, 82½ Punkte.

Siebenkampf der Turnerinnen. 1. Hedwig Schulte, Bochum, 129½ Punkte. 2. Lore Regener, Bremen-Warstedt, 128 Punkte. 3. Elisabeth Benedix, Leipzig-Südost, 127 Punkte. 4. Elly Koppisch, Leipzig-Connewitz, 125½ Punkte. 5. Emma Leuscher, Nürnberg, 125½ Punkte.

Dreikampf der Turnerinnen: 1. Rosa Grund, Wilmersdorf, 264 Punkte. 2. Sosnitza, Berlin, 256 Punkte. 3. Alwine Gieseler, Düsseldorf, 252 Punkte. 4. Helene Schwabe, Taucha bei Leipzig, 248 Punkte. 5. Elsa Thomas, Speyer, 240 Punkte.

Ergebnis der Läufe.

Stafetten Männer: 10×100-Meter-Stafette für Sportler. 1. I. Kreis (Groß-Berlin) 1. Mannschaft Zeit 1,59,3 Minuten. 2. IV. Kreis Zeit 2,00 Minuten. 3. I. Kreis (Groß-Berlin) 2. Mannschaft Zeit 2,01 Minuten.

Schweden-Stafette. 1. IV. Kreis Zeit 2,13,8 Minuten. 2. I. Kreis (Groß-Berlin Zeit 2,17,7 Minuten. 3. VIII. Kreis (Württemberg) Zeit 2,19 Minuten.

Olympische Stafette. 1. IV. Kreis 1. Mannschaft Zeit 3,56,6 Minuten. 2. I. Kreis 2. Mannschaft Zeit 4,2 Minuten. 3. I. Kreis 1. Mannschaft Zeit 4,3 Minuten.

4×100-Meter-Stafette für Sportler. 1. I. Kreis Zeit 48,1 Sekunden. 2. VII. Kreis Brustbreite zurück. 3. I. Kreis, 2. Mannschaft, Brustbreite zurück.

Stafette für Fußballer (3000 Meter). 1. I. Kreis, 1. Mannschaft, Zeit 7,18,4 Minuten. 2. IV. Kreis Zeit 7,21,3 Minuten. 3. I. Kreis, 2. Mannschaft, Zeit 7,23 Minuten.

4×110-Meter-Stafette für Sportlerinnen. 1. I. Kreis (Groß-Berlin) Zeit 56,4 Sekunden (1. Mannschaft). 2. I. Kreis (Groß-Berlin) Zeit 56,9 Sekunden (2. Mannschaft). 3. IV. Kreis Zeit 57,8 Sekunden.

10×100-Meter-Pendelstafette für Sportlerinnen. 1. I. Kr. (Groß-Berlin) Zeit 2,38,5 Minuten. 2. IV. Kreis Zeit 2,43 Minuten.

Länder-Stafette Frankreich-Deutschland für Sportlerinnen (4×100-Meter). 1. Frankreich Zeit 58,1 Sekunden. 2. Deutschland Zeit 58,2 Sekunden.

Einzelkämpfe Männer (100-Meter-Lauf). 1. Erdmann (Fichte-Süd-Ost-Berlin) Zeit 11,6 Sekunden. 2. Laube (Fichte-Süd-Ost-Berlin) Zeit Brustbreite zurück.

Bundesmeisterschaften in den Turnspielen.

Raffball (Turnerinnen): Dresden-Friedrichstadt—Freie Turnerschaft Zeitz 3:0. Faustball (Turnerinnen): Freie Turnerschaft Nürnberg—Freie Turnerschaft Braunschweig Nürnberg Bundesmeister. Schlagball e. V. (Turner): Teutonia-Hamburg-Altona—Magdeburg 63:59. Faustball (Turner): Arbeiter-Turnverein Weißwasser—Turnverein Jahn-Sandhofen 81:72. Handball (Turner): Freie Turnerschaft Stuttgart-Ost—Freie Turnerschaft Jena 4:3. Faustball (Alte Herren): Fr. Turnerschaft Jena—Turnverein Fichte-Berlin 41:31. Tamburinball (Turnerinnen): Leipzig-Eutritzsch konnte gegen Turnverein Germania-Rüstringen die Bundesmeisterschaft erringen.

Bundesmeister im Fußball wurde wiederum Leipzig-Stötteritz mit 4:1 gegen Kassel. Leipzig war weit überlegen. Dem interessanten Spiel wohnten 70 000 Zuschauer bei.

Geschäftliche Mitteilungen

Mütter, denkt an Eure Kinder! Pflegt sie besonders in warmen Sommertagen gut, ernährt sie zweckmäßig. Gebt Säuglingen und heranwachsenden Kindern „Paraid". Dann könnt Ihr sagen: „Wir denken an unsere Kinder." Jeder kann das tun; denn Paraids Kinder- und Krankennahrung ist stets zuverlässig und billig.

Gewerkschaftliches

Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission

Die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskomission am Mittwoch beschäftigte sich zuerst mit der Konstituierung des Ausschusses. Mit der Geschäftsführung wurde wiederum Genosse Sabath betraut. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Genosse Siegle gewählt, zum Kassierer Genosse Vieweger und zum Sekretär Genosse Sprung.

Im Namen der „Kommunistischen Fraktion" protestierte ein Redner dagegen, daß die Geschäftsleitung an die russische Regierung ein Telegramm gerichtet habe, das sich gegen eine Verurteilung der Sozialrevolutionäre zur Todesstrafe wendet. Das Telegramm sei mit Gewerkschaftskommission unterzeichnet gewesen, ohne daß die Plenarversammlung ihre Zustimmung gegeben habe. Die revolutionäre Protestaktion der Kommunisten erregte Unwillen und lebhaften Widerspruch. Genosse Sabath verteidigte die Handlungsweise, die auch von der Plenarversammlung gegen einige kommunistische Stimmen gutgeheißen wurde.

Nach diesem kleinen Intermezzo referierte Dr. Wagner über die **Aufgaben des Verbandes Sozialer Baubetriebe.** Unter anderm führte er aus, daß die Erwartung auf eine umfangreiche Sozialisierung nicht in Erfüllung gehen konnte, da die Arbeiterschaft weder geistig, technisch noch wirtschaftlich vorbereitet gewesen sei. Mit der Lohnpolitik allein könne das wirtschaftliche Problem nicht gelöst werden. Große Angriffsflächen für die Gemeinwirtschaft bietet die Bauwirtschaft. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß habe dies klar erkannt und deshalb den Bundesvorstand beauftragt, die von ihm bereits eingeleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffe weiter zu betreiben. Reichs- und Staatsregierung und Kommunen seien darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Wohnungsnot und den Wohnungswucher auf breiterer Grundlage aufnehmen würden.

Nirgends seien in gemeinwirtschaftlichen Betrieben solche großen Erfolge errungen worden, wie sie der Verband sozialer Baubetriebe zu verzeichnen habe, und dies trotz planmäßiger Bekämpfung durch das Privatkapital. Der Verband bedürfe jedoch finanzieller und moralischer Unterstützung durch die Gewerkschaften. Im Reiche seien die örtlichen Betriebe des Verbandes zu Bezirksverbänden zusammengeschlossen worden, und diese Bezirksverbände werden von den Gewerkschaften finanziert. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, auch in Berlin-Brandenburg Baustoffbetriebe und Bezirksverbände zu schaffen, um den Baustoffwucher zu unterbinden.

Das Referat wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen. Die Kommunisten wandten sich natürlich gegen diese Pläne, sie wünschten unverfälschten Klassenkampf. Genosse Reimann und andere Redner gaben ihnen die gebührende Antwort und wiesen darauf hin, daß jede Einwirkung zur Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse der Arbeiterschaft ein Stück Klassenkampf bedeute.

Nach einem Schlußwort des Referenten erklärte unter Zustimmung der Versammlung Genosse Sabath, daß es Aufgabe der Gewerkschaftskommission sei, nunmehr mit allen Kräften für die Ausführung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses einzutreten.

Entrechtung der Behördenangestellten!

Am 26 Juli nahm eine Versammlung der Staats- und Behörden angestellten im Deutschen Hof zu der zum 30. September erfolgten Kündigung des Reichstarifes Stellung.

Posner erläuterte die ungeheuerlichen Bestimmungen und Verschlechterungen, die der neue Entwurf, den die Ressortsvertreter der Regierung ausgearbeitet haben, für die gesamte Angestelltenschaft bringt.

In dem neuen Entwurf soll nicht nur die Gruppierung der Angestellten dem Verwaltungschef übertragen und damit die Aufhebung der Mitwirkung der paritätischen Ausschüsse und der Angestelltenvertretungen bewirkt werden, sondern auch bei der Festsetzung des Vergütungsdienstalters soll die frühere Tätigkeit nicht berücksichtigt werden. Dagegen sollen Offiziere, die vom Kasernenhof besonders gute Befähigung mitbringen, von Gruppe 7 ab eingereiht werden. Der Geltungsbereich ist nicht genau umschrieben und läßt ebenso wie die Aufhebung des Zwanges, freie Stellen dem Arbeitsnachweis zu melden, jede willkürlichen Handhabung zu.

Die 48stündige Arbeitszeit soll durch eine Arbeitsbereitschaft verlängert werden, die Personalakten mit den Auskünften der Dienststellen sollen nicht mehr der Angestelltenvertretung zugänglich gemacht sein. Ebenfalls sind die Bestimmungen über die Untersuchung durch Vertrauensleute bei Krankheit, die Niedrigsetzung des Gehaltes bei Neueinstellung usw. abzulehnen. Der Zentralverband der Angestellten lehnt diesen Entwurf ab und verlangt Verhandlungen über einen annehmbaren Tarif.

Verlangt wurde in der Diskussion u. a. die Säuberung der Aemter von allen nationalistischen Beamten, die den durchaus auf dem Boden der Republik stehenden Angestellten die größten Schwierigkeiten bereiten. Eine Protestresolution gegen den Tarifentwurf fand einstimmig Annahme.

Holzarbeiter-Generalversammlung

Am 25. Juli tagte eine außerordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter und nahm Stellung zu dem am 29. Juni gegebenen Bericht des Koll. Freigang vom Leipziger Gewerkschaftskongreß. In verwerflich demagogischer Art glaubte ein Kollege von der KPD. die ganze Tagung des Arbeiterparlaments herunterreißen zu können. Der Gipfel der Heuchelei wurde in dem Ruf nach Einheit der Arbeiterklasse erreicht. Von diesen bewußten Saboteuren des Einigkeitsgedankens der Arbeiterklasse wirkt dieser Ruf geradezu widerlich. Unsere Genossen übten ebenfalls an den Ergebnissen des Kongresses scharfe Kritik, erklärten jedoch, daß man auch die positiven Erfolge nicht ganz übersehen dürfte und die Dinge vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt betrachtet doch als ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen wären. In seinem Schlußwort stellte Koll. Freigang unrichtige Behauptungen der KPD.-Kollegen richtig.

Zwei angenommene Entschließungen forderten volles Einsetzen der gewerkschaftlichen Macht gegen die erneut frech auftretende Reaktion und Verhindern der Gesetzwerdung der Schlichtungsordnung. Folgende Beitragsklassen ab 1. August fanden einstimmige Annahme:

	1	2	3	4	5	6
Hauptkasse	33	27	22	18	12	8
Lokalzuschlag	4	4	3	2	2	1
Insgesamt	37	31	25	20	14	9 Mk.

Lehrlingsklasse ab 1. 7. 22 1 Mk. pro Woche.

Die Kampfunterstützung beträgt das 25fache des Beitrags, außerdem werden nennenswerte Lokalzuschläge gezahlt.

Kollege Möse erstattete darauf Bericht über die außertarifliche Lohnbewegung für den Monat Juli in der allgemeinen Holzindustrie und gab bekannt, daß der Ausschuß der Vereinigten Verbände beschlossen hat, daß schon für die Lohnwoche vom 24. Juli bis 29. Juli die für die erste Hälfte des August vereinbarten Stundenlöhne von 36,40 M. gezahlt werden sollen. Die Kollegen haben also für diese Lohnwoche 36,40 Mark pro Stunde zu erhalten. Ueber die Augustlöhne wird in nächster Zeit verhandelt.

Der Schiedsspruch für die Metallindustrie angenommen

Der Konflikt, der in der Berliner Metallindustrie in der Frage der Gehaltserhöhung für die Angestellten entstanden war, ist jetzt dadurch beigelegt worden, daß auf Grund der am Mittwoch vorgenommenen Urabstimmung dem Reichsarbeitsministerium von der Annahme des gefällten Schiedsspruchs durch die Angestellten Mitteilung gemacht worden ist. Der Verband Berliner Metallindustrieller hatte bekanntlich bereits vor einigen Tagen den Spruch der Schlichtungsinstanz angenommen.

Außerordentlicher Verbandstag der Postbeamten

Austritt aus der Reichspostgewerkschaft und dem Beamtenbund.

Zur Klärung der Frage „Beamtenbund" oder „Allgemeiner deutscher Beamtenbund" (freigewerkschaftlicher Richtung) hat der 150 000 Mitglieder zählende Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin einberufen.

In dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes, den der zweite Vorsitzende Feurich ablegte, gab dieser u. a. seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Berliner Bezirksverband in der Frage der Wahl zu den Beamtenausschüssen der Post insofern einen Disziplinbruch begangen habe, als er auf eigene Faust für seine Mitglieder Wahlenthaltung propagierte. Im Zusammenhang damit wurde dem Verbandstag eine Entschließung des Vorstandes vorgelegt, in der die Mißbilligung dieses Verhaltens des Berliner Bezirksverbandes beantragt wird. In der anschließenden Aussprache wurde von einer Reihe von Rednern aus dem Reich darauf hingewiesen, daß lediglich durch die Propagierung der Wahlenthaltung die Verbesserungen in den Bestimmungen über die Beamtenvertretung bei der Post erreicht worden sei. Auch das Verhalten des Vorstandes während des Eisenbahnerstreiks, die Gewährung finanzieller Unterstützung für die streikenden Eisenbahner, fand die Billigung mehrerer Diskussionsredner.

Am gestrigen 2. Verhandlungstage des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten ist nachstehende bedeutsame Entschließung einstimmig angenommen worden:

Der zwölfte außerordentliche Verbandstag stellt fest, daß die Geschlossenheit des Verbandes über alles geht, und daß alles vermieden werden muß, was diese Geschlossenheit gefährdet oder eine Zerreißung des Verbandes herbeiführen kann. Er erkennt in dem Deutschen Beamtenbund und der Reichspostgewerkschaft nicht mehr den geeigneten gewerkschaftlichen Zusammenschluß für breite Schichten der Beamtenschaft. Der Reichsverband erklärt deshalb seinen Austritt aus der Reichspostgewerkschaft und dem Deutschen Beamtenbund. Der Reichsverband erstrebt die horizontale Zusammenschließung aller sozial gleich gerichteten Beamtenschichten auf Grundlage parteipolitischer Neutralität.

Die Kraftdroschkenbesitzer lehnen den Schiedsspruch ab

Der am Mittwoch vom Schlichtungsausschuß einstimmig gefällte Schiedsspruch, der den Fahrern 30 Mark Lohn pro Schicht und 20 Proz. der Einnahme zubilligte, ist von dem Verein der Kraftdroschkenbesitzer abgelehnt worden. Hierzu nahmen die Fahrer in einer überfüllten Versammlung Stellung. Einmütig stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, den ihnen aufgezwungenen Kampf in verschärfter Form weiterzuführen. Da ein Teil der Kraftdroschkenbesitzer die Forderungen unserer Kollegen anerkannt hat, wird diesen ein Fahrausweis ausgestellt werden; Fahrer, die ohne Ausweis fahren, sind als Arbeitswillige zu betrachten.

Afa-Metall-Industrie! Montag, den 31. Juli 1922, abends 6½ Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, Funktionär-Versammlung. Referat: Paul Roth-„Juli-August".

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 29. Juli.

6. Distrikt. 7 Uhr Distriktskonferenz bei Krüger, Dunckerstr. 16.

Sonntag, den 30. Juli.

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Die Parteigenossen und deren Angehörige treffen sich am Sonntag früh 6¾ Uhr am Bahnhof Bülowstraße zur Fahrt nach der Ferienkolonie Gorinweg. Abfahrt 7.40 Uhr vom Stett. Vorortbahnhof bis Buch.

Steglitz. Kindergruppe. Fahrt nach Wildpark. Wanderung durch den Wildpark nach Werder. Abfahrt 7 Uhr Bahnhof Steglitz.

Montag, den 31. Juli:

12. Verwaltungsbezirk (Pankow). Abends 7 Uhr Versammlung sämtlicher Funktionäre des Bezirks in Pankow, Schulaula, Grunowstraße.

5. und 6. Distrikt. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung. Schulaula, Zwinglistr. 2. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent: Gen. Paul Levi. Die Funktionäre der beiden Distrikte haben ihre Mitglieder zu dieser Versammlung einzuladen.

13. Distrikt. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Fliesche, Kopenhagener Str. 74. Bildungs- und kommunale Kommission müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

16. Distrikt und Stralau. Funktionärkonferenz bei Koblenz, Borkhagener Straße 17.

Lichtenberg-Land. Distriktskonferenz 7 Uhr bei Tempel, Friedrichsfelde, Prinzenallee. Das Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht. Tagesordnung: Einigungsfrage, Stellungnahme zum Parteitag.

Vereinskalender

Sonntag, den 30. Juli.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Dienstmänner. Vormittags 10 Uhr im Lokal von Dahms, Schlegelstr. 9 Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Gen. Lend. 2. Besprechung über die neu herausgegebene Gebührenordnung im Dienstmannsgewerbe.

Jugendbewegung

Jugend heraus!

Am Sonntag, mittags 12 Uhr,

trifft sich die arbeitende Jugend Berlins auf dem Schloßplatz zur Demonstration

„Nie wieder Krieg"!

Die Gruppen sammeln sich an den bekannten Treffpunkten.

Zentrale der Sozialistischen Proletarier-Jugend.

S. P. J., Gruppe Süden. Treffpunkt am Sonntag 10½ Uhr Moritzplatz. Nachmittags 3 Uhr Spielplatz. — Mittwoch, den 2. 8. abends 7 Uhr Spielplatz. — Freitag, den 4. 8. Kursus, Gallerstraße, Schule.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Sommerfeldt, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.